



Konjunktur aktuell

3/2021

14. September 2021, 9. Jahrgang

Arbeitskreis Konjunktur des IWH S. 64

Produktionsengpässe verzögern Erholung

Im Sommer 2021 dürfte die weltwirtschaftliche Produktion deutlich zugelegt haben, aber Schließungen von Produktionsanlagen und Häfen vergrößern den Stau im globalen Warenaustausch. Ansteigende Rohstoffpreise schlagen sich v. a. in den USA und im Euroraum in hohen Inflationsraten nieder, doch die Notenbanken werden sich mit dem Kurswechsel Zeit lassen. Dadurch erhält die Wirtschaft in den westlichen Industrieländern weiter Rückenwind seitens der Wirtschaftspolitik. Die Erholung der deutschen Wirtschaft kam im Sommerhalbjahr dank der Impfkampagne und des privaten Konsums gut voran. Wegen steigender Corona-Neuinfektionen und Produktionsengpässen ist dennoch nur mit einem recht schwachen Jahresschlussquartal zu rechnen. Das BIP wird 2021 um 2,2% und 2022 um 3,6% zunehmen.

Konjunktur aktuell: Produktionsengpässe verzögern Erholung

Arbeitskreis Konjunktur des IWH*

Zusammenfassung

Im Sommer 2021 dürfte die weltwirtschaftliche Produktion deutlich zugelegt haben. Allerdings vergrößern Schließungen von Produktionsanlagen und Häfen den ohnehin erheblichen Stau im internationalen Warenaustausch. Engpässe bestehen beim Seetransport, bei der Herstellung von Halbleitern und beim Rohstoffangebot. Der Anstieg der Rohstoffpreise schlägt sich insbesondere in den USA, aber auch im Euroraum in recht hohen Raten der Verbraucherpreis-inflation nieder. Nichtsdestotrotz werden sich die US-Notenbank und die EZB mit einem Kurswechsel viel Zeit lassen. Die Wirtschaft in den westlichen Industrieländern erhält damit weiter Rückenwind vonseiten der Wirtschaftspolitik. In anderen Weltregionen, auch in Ostasien, sind die Bedingungen wegen niedriger Impfquoten weniger günstig. Überall wird freilich die Produktion bis in den Winter hinein von den Beschränkungen des Angebots beeinträchtigt.

Die Erholung der deutschen Wirtschaft ist im Sommerhalbjahr gut vorangekommen, denn dank der Impfkampagne konnten viele Einschränkungen von Dienstleistungsangeboten gelockert werden, und die privaten Haushalte konsumierten im zweiten Quartal wieder deutlich mehr. Dennoch liegt der private Konsum noch weit unter dem Vorkrisenniveau, und ein rasches Aufholen ist nicht in Sicht, denn Neuinfektionen nehmen wieder zu, was die Erwartungen von Unternehmen und Verbrauchern eintrübt. Zudem ist deutlich geworden, dass sich die Produktionsengpässe im Verarbeitenden Gewerbe in den kommenden Monaten kaum auflösen werden. Alles in allem ist mit einem recht schwachen Jahresschlussquartal zu rechnen. Für die Zeit danach stehen die Chancen gut, dass die Wirtschaft ihren Weg in die Normalität wiederaufnimmt, auch weil sich die Situation auf den Arbeitsmärkten stetig bessert. Ende 2022 dürften die Kapazitäten wieder normal ausgelastet sein. Risiken für die Konjunktur in Deutschland ergeben sich daraus, dass das deutsche Verarbeitende Gewerbe in besonderem Maß in internationale Produktionsketten eingebunden und deshalb von den derzeitigen Störungen der Produktionsketten besonders betroffen ist. Ferner ist nicht auszuschließen, dass durch neue Mutationen des Coronavirus Eindämmungsmaßnahmen notwendig werden könnten, die auch den wirtschaftlichen Erholungsprozess erneut verzögern.

Tabelle

Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose des IWH für Deutschland in den Jahren 2020 bis 2023

	2020	2021	2022	2023
Veränderung des preisbereinigten BIP gegenüber dem Vorjahr in %				
Deutschland	-4,6	2,2	3,6	2,2
darunter: Ostdeutschland ¹	-3,8	1,8	2,8	1,8
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Arbeitsvolumen	-4,9	1,6	1,6	0,5
Tarifföhne je Stunde	2,2	1,8	2,0	2,1
Effektivlöhne je Stunde	3,3	1,6	2,3	2,5
Lohnstückkosten ²	3,4	1,1	0,4	0,8
Verbraucherpreisindex	0,5	2,9	2,6	1,7
in 1 000 Personen				
Erwerbstätige (Inland)	44 898	44 890	45 171	45 344
Arbeitslose ³	2 695	2 636	2 490	2 439
in %				
Arbeitslosenquote ⁴	5,9	5,7	5,4	5,3
darunter: Ostdeutschland ¹	7,3	7,1	6,8	6,7
% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt				
Finanzierungssaldo des Staates	-4,3	-4,5	-1,3	-0,6
Leistungsbilanzsaldo	6,9	6,7	6,1	6,5

¹ Ostdeutschland einschließlich Berlin. – ² Berechnungen des IWH auf Stundenbasis. – ³ Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit (BA). – ⁴ Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit).

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 2021: Prognose des IWH (Stand: 14.09.2021).

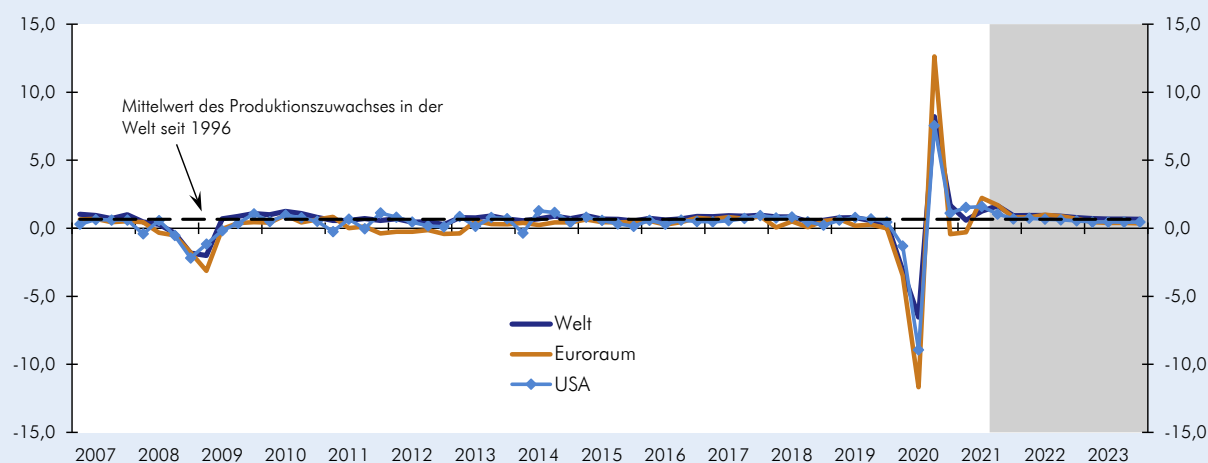
* Brautzsch, Hans-Ulrich; Claudio, João Carlos; Drygalla, Andrej; Exß, Franziska; Heinisch, Katja; Holtemöller, Oliver; Kämpfe, Martina; Lindner, Axel; Müller, Isabella; Schultz, Birgit; Staffa, Ruben; Zeddies, Götz.

Internationale Konjunktur: Kräftig nur dort, wo Corona auf dem Rückzug ist

Im Sommer 2021 dürfte die weltwirtschaftliche Produktion deutlich zugelegt haben. Schwungvoll ist die Konjunktur aber nur in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften des Westens. Im zweiten Quartal hat die Wirtschaft in den USA erstmals wieder mehr produziert als vor Ausbruch der Pandemie; gegenüber dem Vorquartal nahm die Produktion in Europa noch stärker zu, im Euroraum um 2,2% (vgl. Abbildung 1). Dahinter stehen Erfolge der Impfkampagnen gegen die **Pandemie**: Infektions- und Opferzahlen fielen im ersten Halbjahr in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften drastisch, staatlich verfügte Restriktionen zur Kontaktreduzierung wurden gelockert, und das Leben findet in vieler Hinsicht in eine neue Normalität hinein.

Abbildung 1
Bruttoinlandsprodukt der Welt, der USA und des Euroraums

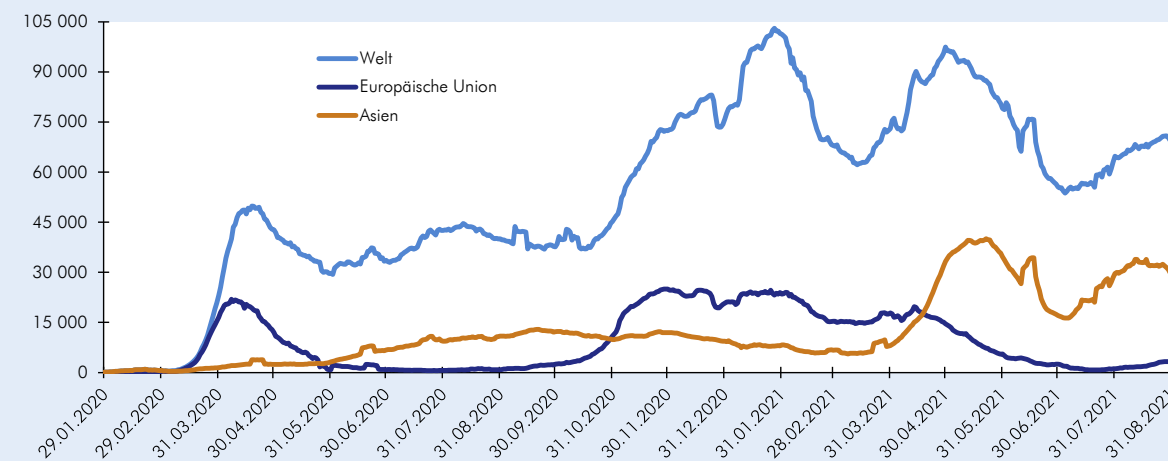
Vierteljährliche Zuwachsraten in %



Quellen: OECD; IWF; Eurostat; nationale Statistikämter; 2021 bis 2023: Prognose des IWH.

Allerdings hat sich das Virus in der besonders ansteckenden Delta-Variante den Sommer über erneut ausgebreitet, und es zeichnet sich ab, dass es auch dort, wo ein Großteil der Bevölkerung geimpft ist, nicht verschwinden wird. In der Europäischen Union ist die Zahl der Todesfälle dank hoher Impfquoten bislang (Mitte September) nicht allzu stark gestiegen, weltweit ist sie aber nach wie vor deutlich höher als im Sommerhalbjahr 2020 (vgl. Abbildung 2).

Abbildung 2
Wöchentliche Covid19-Opferzahlen



Quelle: Our World in Data.

Insbesondere in weiten Teilen Asiens, wo die Pandemie lange Zeit gut unter Kontrolle gehalten wurde, ein Großteil der Bevölkerung aber ohne vollständigen Impfschutz ist, haben Wellen von Delta-Infektionen die wirtschaftliche Aktivität den Sommer über zum Teil schwer belastet. Betroffen sind neben den Schwellenländern Indien, Thailand und Malaysia auch Japan und China. Die chinesische Wirtschaft hat sich zwar schon weitgehend von dem Pandemieschock erholt und das Vorkommen von Infektionen ist weiterhin auf Einzelfälle beschränkt; dass aber die wirtschaftliche Expansion im zweiten Quartal mit 1,3% etwas geringer ausfiel als das Potenzialwachstum, dürfte auch auf die rigorosen Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung zurückgehen.

Zudem vergrößern Schließungen von Anlagen der Produktion und Distribution in China und anderen Ländern Ostasiens den ohnehin erheblichen Stau im internationalen Warenaustausch.¹ **Warenhandel und -produktion** boomen weltweit schon seit Herbst vergangenen Jahres, denn der pandemiebedingte Ausfall von Dienstleistungsangeboten verschiebt die Nachfrage in Richtung Produkte des Verarbeitenden Gewerbes. Allerdings ist die Produktion vielerorts (so in Ostasien, aber gerade auch in Deutschland) an Kapazitätsgrenzen angelangt. Weltweit ist sie, ebenso wie der Handel, seit März nicht mehr gestiegen. Engpässe bestehen beim Seetransport, bei der Herstellung von Halbleitern, welche Komponenten vieler Industriegüter sind, und beim Rohstoffangebot. Der Preis des Transports eines Containers von Ostasien nach Nordeuropa hatte sich zur Jahreswende gegenüber der Zeit vor Pandemieausbruch Anfang 2020 verdoppelt, mittlerweile ist er fünfmal so hoch, Kupfer ist 50% teurer, die Preise für Eisenerz haben sich mehr als verdoppelt. Allerdings lagen die Preisspitzen für Industriemetalle bereits im Frühsommer. Der Ölpreis (Brent) ist Anfang September mit 72 US-Dollar um etwa 5% höher als am Vorabend der Pandemie, liegt aber gut 70% über seinem Vorjahreswert. Hohe Energiepreise sind neben Missernten der wesentliche Grund dafür, dass auch Nahrungsmittel deutlich teurer geworden sind; der HWWI-Index für Nahrungs- und Genussmittelpreise in US-Dollar lag im August 40% über seinem Vorjahreswert.

Der Anstieg der Rohstoffpreise schlägt sich mancherorts in recht hohen Raten der **Verbraucherpreisinflation** nieder: In den USA lag sie im Juli bei 5,4%, im Euroraum im August bei 3%. Die Kernrate, also die Inflationsrate ohne Berücksichtigung der Energie- und Nahrungsmittelpreise, beträgt in den USA stattdessen 4,3%, im Euroraum (trotz der Wiederanhebung der Mehrwertsteuersätze in Deutschland) aber nur 1,6%.² Die Kernrate wird von den Rohstoffpreisen indirekt und stark abgeschwächt getrieben, hauptsächlich über rohstoffhaltige Industriegüter, die im Warenkorb für den Euroraum etwas über ein Viertel ausmachen, und mit Verzögerung von einigen Quartalen.³ Dass die Kernrate in den USA so viel stärker gestiegen ist als im Euroraum, liegt in erster Linie an der Konsumnachfrage der privaten Haushalte: Preisbereinigt lag der private Konsum in den USA im zweiten Quartal 2021 schon wieder 3% höher als vor der Pandemie im vierten Quartal 2019, im Euroraum lag er noch 6% darunter. Dahinter stehen Unterschiede in der Entwicklung der verfügbaren Einkommen: Während sie im angesprochenen Zeitraum in Deutschland⁴ nominal gerade einmal um 1,3% zugelegt haben, lagen sie in den USA, nicht zuletzt aufgrund der erheblichen staatlichen Stützungsprogramme, um 9,7% über Vorkrisenniveau.⁵

Seit Mitte 2020 nimmt die Beschäftigung in den USA wieder deutlich zu, und mittlerweile sind Arbeitskräfte besonders in den Branchen, die während der Pandemie Jobs stark abgebaut hatten, ausgesprochen knapp. Deshalb lassen immer mehr Bundesstaaten die in der Krise gewährten zusätzlichen Zahlungen an Beschäftigungslose auslaufen. Dennoch stellt sich aufgrund des noch unter Trump beschlossenen *Response and Relief*

¹ Zu nennen sind etwa Produktionsstopps von Halbleiterfabriken in Malaysia sowie die vorübergehenden Schließungen des Hafens Yantian im Mai und eines Terminals von Ningbo im August. Der Hafen von Ningbo, nahe den Metropolen Hangzhou und Shanghai gelegen, hat laut World Shipping Council den drittgrößten Container-Umschlag weltweit.

² Im Juli lag die Kernrate im Euroraum bei lediglich 0,9%. Der starke Anstieg im August ist u. a. auf einen Basiseffekt zurückzuführen, der aus der pandemiebedingten Verschiebung der jährlichen Schlussverkäufe in einigen Euroraumländern im vergangenen Jahr resultierte. Im September dürfte die Kernrate aus dem gleichen Grund deutlich zurückgehen.

³ Vgl. dazu ECB: Recent Developments in Pipeline Pressures for Non-energy Industrial Goods Inflation in the Euro Area, in: [ECB Economic Bulletin 5 \(2021\)](#).

⁴ Der Wert für den Euroraum liegt derzeit noch nicht vor, hat aber wohl eine ähnliche Größenordnung.

⁵ Das in den USA auch wegen höheren Bevölkerungswachstums um einen knappen Prozentpunkt jährlich höhere Wachstum des Produktionspotenzials kann nur einen kleinen Teil der Diskrepanz erklären.

Act und vor allem des *American Rescue Plan Act* im Jahr 2021 noch einmal ein Impuls der **Finanzpolitik** (gemessen an der Veränderung des strukturellen Primärdefizits) von etwa 3½% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt ein. Mit dem im Sommer beschlossenen *Infrastructure Investment and Jobs Act* verlagert sich der Akzent ab dem Jahr 2022 von der Stützung privater Einkommen hin zur Stärkung der öffentlichen Infrastruktur. Eine solche Verlagerung lassen auch die Stabilitätsprogramme der EU-Mitgliedsstaaten vom Frühjahr erkennen. Möglich gemacht wird dies nicht zuletzt durch die neue Aufbau- und Resilienzfazilität der Europäischen Union. Zudem werden die Defizit- und Schuldenregeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts wohl noch bis einschließlich 2022 ausgesetzt. Der fiskalische Impuls im Euroraum dürfte mit etwa 3% sogar etwas größer ausfallen als im vergangenen Jahr. Deutlich weniger dürfte in diesem und im nächsten Jahr die Finanzpolitik in Japan und in China stützen.

Die **Geldpolitik** ist weltweit weiterhin ausgesprochen expansiv. Wo die Preise rasch steigen, der Außenwert der Währung bedroht ist oder Anzeichen von Blasenbildungen im Finanzsystem ausgemacht werden, wächst aber der Druck, den Expansionsgrad zurückzuführen. Zu Zinsanhebungen ist es im Lauf des Jahres nicht nur in Schwellenländern wie Russland, der Türkei, Brasilien oder Mexiko gekommen, sondern auch in Tschechien und Ungarn sowie Ende August in Südkorea. Dagegen signalisieren die Notenbanken der USA und des Euroraums, dass sie sich mit einem Kurswechsel viel Zeit lassen werden. Zwar scheint es wahrscheinlich, dass die USA noch dieses Jahr ihre Anleihekäufe reduzieren. Mit einer ersten Zinserhöhung wird an den Finanzmärkten aber erst für Ende 2022 gerechnet. Die EZB hat im Juli mit Verabschiedung einer neuen geldpolitischen Strategie ihren Spielraum für expansive Geldpolitik deutlich erweitert. Insbesondere ist nun auch eine vorübergehende Periode mit Inflationsraten von über 2% mit dem Ziel der Preisstabilität vereinbar. Auch wenn die EZB Anfang September für die nächste Zeit eine moderate Reduktion der Anleihekäufe im Rahmen ihres *Pandemic Emergency Purchase Programme* beschlossen hat, ist mit einer Zinserhöhung im Prognosezeitraum nicht zu rechnen (vgl. Kasten 1).

Alles in allem sind die Aussichten für den Gang der internationalen **Konjunktur** in den nächsten Quartalen **zwiespalten**: Die Wirtschaft in den westlichen Industrieländern erhält weiter Rückenwind vonseiten der Wirtschaftspolitik, sie hat aber wegen relativ hoher Impfquoten auch gute Chancen, mit geringen Verlusten durch die gegenwärtige Delta-Welle der Corona-Pandemie zu kommen. In anderen Weltregionen, auch in Ostasien, sind die Bedingungen weniger günstig. Überall wird freilich die Produktion bis in den Winter hinein von den Beschränkungen des Angebots begrenzt. Weder im Frachtverkehr noch in der für das Verarbeitende Gewerbe so wichtigen Halbleiterproduktion ist zu erwarten, dass sich im laufenden Jahr die Kapazitäten wesentlich erweitern lassen. Rohstoffexportierende Schwellenländer profitieren allerdings von den anhaltend hohen Preisen für ihre Ausfuhr Güter.

Der weitere Ausblick wird durch die Einsicht getrübt, dass zumindest noch für das Jahr 2022 mit der Pandemie als einem Belastungsfaktor für die Weltwirtschaft zu rechnen ist. So hat der Impffortschritt bislang nicht dazu geführt, dass sich Tourismus und internationaler Flugverkehr wieder erholen. Seit Jahresbeginn erreicht die Zahl der Flüge kaum mehr als drei Viertel ihres Niveaus aus dem Jahr 2019 – ein Ausfall an wirtschaftlicher Aktivität, der durch alternative Produktion kaum vollständig zu ersetzen ist.

Nach vorliegender Prognose steigt die **Weltproduktion** im Jahr 2021 um 5,8%, nach einem Rückgang von 3,4% im Jahr 2020. Für das Jahr 2022 ist ein Zuwachs von 4,2%, für 2023 von 3,1% veranschlagt (vgl. Tabelle A1). Die hohe Zuwachsrate für den Welthandel mit Waren von 10,5% im Jahr 2021 ist auf dessen große Dynamik bis zur Jahresmitte 2021 zurückzuführen. Die Verbraucherpreise dürften in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften im Jahr 2021 um 2,8% zunehmen, im Jahr darauf fällt die Rate nach vorliegender Prognose mit 2,0% deutlich geringer aus, weil sich der diesjährige starke Anstieg der Energie- und Rohstoffpreise im Jahr 2022 nicht wiederholen dürfte.

Der **Hauptrisikofaktor** für die Weltwirtschaft ist weiterhin die **Corona-Pandemie**. Zum einen ist es möglich, dass eine noch ansteckendere und gegenüber eingepflichter Körperabwehr resistenter Mutation auftritt. Zum anderen ist nicht klar, welchen Grad an Schutz gegenüber den bekannten Mutationen die Impfkampagnen überhaupt erreichen können. Denn ein Teil der Bevölkerung wird ungeimpft bleiben müssen oder wollen, und es hat sich erwiesen, dass eine Impfung nicht vollständig vor Ansteckung schützt. Deshalb ist denkbar, dass

Dienstleistungen, die mit physischen Kontakten verbunden sind, etwa in der Gastronomie, ihre frühere Verbreitung in den nächsten Jahren nicht wieder erreichen.

Ein besonderes Risiko stellt die Pandemie für die Produktion in Ostasien dar, weil die Bevölkerung dort noch kaum immunisiert wurde. Dort befinden sich einige für die weltweiten Wertschöpfungsketten besonders wichtige Arbeitsstätten, etwa die weltweit größten Häfen und Halbleiterfabriken. Ausfälle könnten die Lieferengpässe verschärfen und den Preisdruck im Verarbeitenden Gewerbe weiter erhöhen.

Kasten 1

Annahmen und Prognosen bezüglich der Rahmenbedingungen

Der vorliegenden Prognose liegen folgende Annahmen und Prognosen zugrunde:

Die sich derzeit entwickelnde Delta-Welle der Pandemie dämpft die wirtschaftliche Aktivität in Deutschland im Schlussquartal 2021, aber weniger drastisch als im Frühjahr 2020 oder im Winter 2020/21. Für den fernereren Prognosezeitraum ab dem Frühjahr 2022 wird angenommen, dass von der Pandemie keine spürbaren Beeinträchtigungen für die gesamtwirtschaftliche Erholung in Deutschland mehr ausgehen.

Der Preis für Öl der Sorte Brent liegt im Durchschnitt der zweiten Jahreshälfte 2021 bei 71 US-Dollar pro Barrel, im Jahr 2022 bei durchschnittlich 72,5 und im Jahr 2023 im Schnitt bei 76,5 US-Dollar. Der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar liegt bis Ende des Jahres 2023 bei 1,17 Dollar pro Euro. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist im Prognosezeitraum in etwa so hoch wie im ersten Halbjahr 2021. Der Welthandel mit Waren (CPB) legt im Jahr 2021 mit 10,5% sehr kräftig zu, im kommenden Jahr steigt er um 3% und im Jahr 2023 um 3,3%. Die Europäische Zentralbank (EZB) lässt ihren Einlagezinssatz im Prognosezeitraum bei -0,5% und sorgt darüber hinaus weiterhin mittels längerfristiger Refinanzierungsgeschäfte und Anleihekäufe dafür, dass die monetären Rahmenbedingungen im Euroraum günstig bleiben.

Die Finanzpolitik ist im Jahr 2021 erneut expansiv ausgerichtet. Zum einen werden aufgrund anhaltender Beschränkungen der wirtschaftlichen Aktivitäten in hohem Umfang Zuschüsse an die betroffenen Unternehmen ausbezahlt. Zum anderen wirken die Ausweitung monetärer Sozialleistungen, etwa des Kurzarbeitergeldes, der Grundsicherung oder des Kinderkrankengeldes, und die durch die Corona-Pandemie bedingten Mehrausgaben im Gesundheitswesen expansiv. Hinzu kommen unabhängig von der Corona-Pandemie auf den Weg gebrachte Steuererleichterungen, insbesondere der Abbau des Solidaritätszuschlags und die neuerliche Verschiebung der Eckwerte des Einkommensteuertarifs. Alles in allem beläuft sich der Impuls aus diskretionären finanzpolitischen Maßnahmen im laufenden Jahr auf 2,1% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

Im Jahr 2022 wirkt die Finanzpolitik insgesamt sehr restriktiv, weil ein Großteil der Maßnahmen zur Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie und des Konjunkturpakets bis dahin annahmegemäß auslaufen. Lediglich die investiven Maßnahmen aus dem Zukunftspaket, die investiven Maßnahmen aus dem Aufbauhilfefonds 2021 sowie weitere Entlastungen bei der Einkommensteuer liefern Impulse. Im Jahr 2023 wirken die diskretionären finanzpolitischen Maßnahmen nach jetzigem Stand erneut restriktiv. Dabei ist unterstellt, dass die Corona-bedingten Maßnahmen bis dahin ausgelaufen sind und die übrigen diskretionären finanzpolitischen Maßnahmen insbesondere infolge steigender Beitragssätze zu den Sozialversicherungen dämpfend wirken. Im Jahr 2022 beläuft sich der restriktive Effekt aus diskretionären finanzpolitischen Maßnahmen auf 2,8% und im Folgejahr auf 0,8% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

Ob die gegenwärtig teilweise hohen Inflationsraten am Beginn einer **länger anhaltenden inflationären Bewegung** stehen, hängt allerdings wohl von anderen Faktoren ab. Zum einen müssten neben den Preisen auch die Löhne kräftig steigen. Deren Dynamik ist gegenwärtig schwer einzuschätzen, auch weil die Arbeitsmärkte in vielen Ländern noch durch staatliche Eingriffe wie Kurzarbeiter- oder Arbeitslosengeld geprägt sind. Zudem

ist schwer einzuschätzen, ob Arbeitnehmer genug Marktmacht haben, um gesamtwirtschaftlich hohe Lohnsteigerungen durchzusetzen. Denn einerseits ist die Beschäftigung im Allgemeinen noch deutlich unter Vorkrisenniveau, andererseits haben nicht nur in den USA etliche Branchen Arbeitskräftemangel. Für die Preis- und Lohnbewegungen wichtig ist zudem, was Unternehmen und Haushalte erwarten. Die weiter niedrigen Zinsniveaus an den Kapitalmärkten, in den USA und erst recht im Euroraum, deuten auf keine hohen Inflationserwartungen hin. Allerdings ließe die Geldpolitik einen Anstieg der Renditen gegenwärtig auch gar nicht zu.

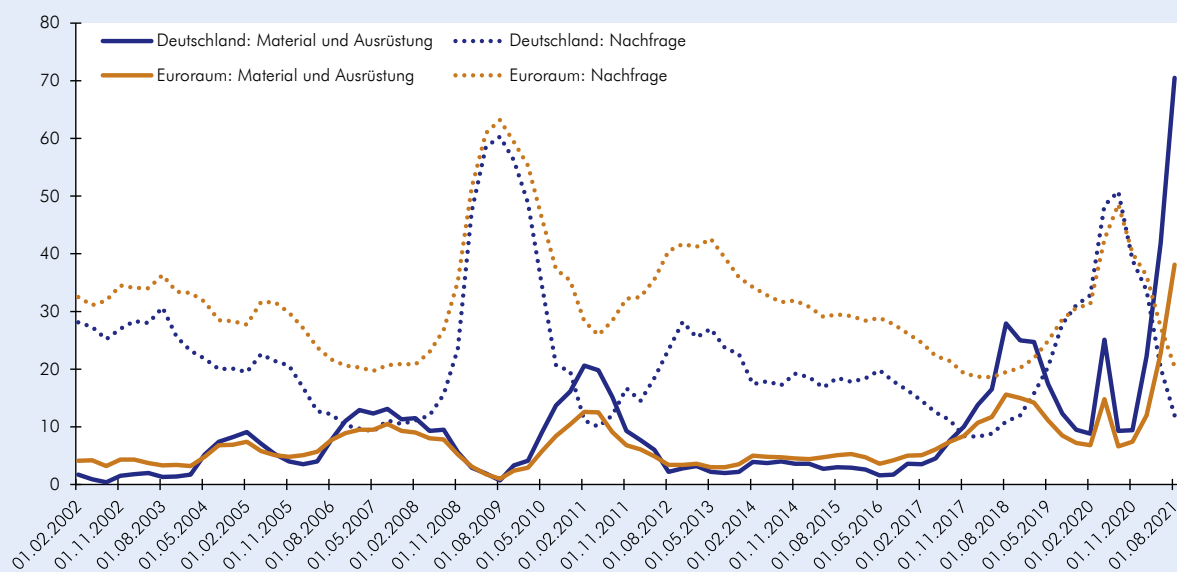
Hier liegt ein weiterer wichtiger Risikofaktor für die Preisstabilität in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften: Die seit vielen Jahren in realer Rechnung negativen Renditen lassen die Vermögenspreise, sei es Aktienkurse oder Hauspreise, immer weiter steigen. So sind die Aktienkurse in den USA (gemessen am S&P 500) Anfang September um 38% höher als vor Ausbruch der Krise im Januar 2020, im Euroraum (gemessen am Eurostoxx 50) um 12%. Die Häuserpreise sind in den USA (gemäß dem Case-Shiller-Index) um 23% höher, im Euroraum übertrafen sie (laut Eurostat) im ersten Quartal 2021 ihr Niveau vom vierten Quartal 2019 um 7%. Auf die Dauer dürften die wegen der Preisanstiege höheren Vermögen auch die Nachfrage nach Verbrauchsgütern und damit auch deren Preise steigen lassen.

Deutsche Konjunktur: Erholung kommt im Herbst erneut ins Stocken

Die Erholung der deutschen Wirtschaft ist **im Sommerhalbjahr** gut vorangekommen, denn dank der Impfkampagne ist die Zahl der Hospitalisierungen auf niedrigem Stand, und bis vor Kurzem war es auch die der Neuinfektionen. So konnten viele der Kontaktreduzierung dienenden Einschränkungen von Dienstleistungsangeboten gelockert werden, und die privaten Haushalte konsumierten im zweiten Quartal wieder deutlich mehr. Allerdings hat die Konjunktur zuletzt wieder an Schwung verloren, denn im Sommer ist deutlich geworden, dass sich die Produktionsengpässe im Verarbeitenden Gewerbe in den kommenden Monaten kaum auflösen werden. Wie eine Unternehmensumfrage der Europäischen Kommission zu Engpässen bei Material und Ausrüstung im Verarbeitenden Gewerbe zeigt, ist die deutsche Wirtschaft davon stärker als die anderer europäischer Länder betroffen (vgl. Abbildung 3).

Abbildung 3
Produktionsbegrenzende Faktoren im Verarbeitenden Gewerbe

Prozentanteil der befragten Unternehmen, die Angaben, dass der angegebene Faktor ihre Produktion beschränke



Quelle: Europäische Kommission.

Schon seit Beginn des Jahres ist die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe und dort im Wesentlichen die Automobilproduktion rückläufig, vor allem wegen einer anhaltenden Knappheit an Halbleitern.⁶ Dagegen haben Handel, Verkehr und Gastgewerbe sowie die öffentlichen Dienstleister ihre Wertschöpfung im zweiten Quartal kräftig ausgeweitet. Dennoch liegt der private Konsum noch weit unter dem Vorkrisenniveau, und ein rasches Aufholen ist nicht in Sicht. Dies liegt wohl vor allem daran, dass die Neuinfektionen wieder zunehmen und die Erwartungen von Unternehmen und Verbrauchern trüben.

Gestützt wird das Konsumentenvertrauen dagegen von der Entwicklung auf den Arbeitsmärkten. So lag die Zahl der **Erwerbstätigen** im zweiten Quartal 2021 um 75 000 Personen bzw. 0,2% über dem Stand des Vorquartals. Dies resultiert vollständig aus der Zunahme der Zahl der Arbeitnehmer, während die Selbständigkeit weiter zurückging (–21 000 Personen). Die Erwerbstätigkeit hat sich in der Pandemiekrise in den einzelnen Wirtschaftsbereichen sehr unterschiedlich entwickelt (vgl. Tabelle 1). Vor allem der Anteil des Bereichs Handel, Verkehr, Gastgewerbe an der Gesamtbeschäftigung nahm infolge des Lockdowns zwischen dem vierten Quartal 2019 und dem zweiten Quartal 2021 um 0,7 Prozentpunkte ab. Dieser Rückgang übertrifft den Anteilsverlust dieses Bereiches während des gesamten Zeitraums von 2012 und 2019. Auch der Anteil des Produzierenden Gewerbes ohne Bau war rückläufig, was bereits durch die schwache Produktionsentwicklung unmittelbar vor der Corona-Pandemie angelegt war. Mit 0,9 Prozentpunkten stieg hingegen der Anteil des Bereichs Öffentliche Dienstleister, Erziehung und Gesundheit am stärksten. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nahm um 88 000 Personen bzw. 0,3% zu und lag damit über dem Stand vom vierten Quartal 2019. Hingegen kam der Rückgang bei den ausschließlich geringfügig Beschäftigten erst im Juni 2021 zum Stillstand. Stabilisierend wirkte erneut Kurzarbeit: So waren laut Hochrechnung der Bundesagentur für Arbeit im Juni 2021 knapp 1,6 Millionen Personen in Kurzarbeit. Dies bedeutete einen Rückgang gegenüber dem Vormonat um ca. 680 000 Personen. Die Kurzarbeiterquote – dies ist der Anteil der Kurzarbeiter an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten – betrug damit 4,7%. Schätzungen des ifo Instituts auf Basis von Unternehmensbefragungen zufolge sank die Zahl der konjunkturellen Kurzarbeiter bis August 2021 nochmals auf knapp 690 000. Besonders stark ging die Kurzarbeiterquote im Gastgewerbe zurück. Dennoch hatte dieser Bereich mit 10,1% noch immer die höchste Kurzarbeiterquote. Der starke Rückgang der Kurzarbeit seit März 2021 sowie des Arbeitsausfalls infolge von Quarantäne trugen maßgeblich zum kräftigen Zuwachs des Arbeitsvolumens bei. Dieses lag im zweiten Quartal 2021 um 1,6% über dem Stand des Vorquartals. Die registrierte Arbeitslosigkeit war im zweiten Quartal um 32 000 Personen niedriger als im Vorquartal.

Tabelle 1

Anteile der Wirtschaftsbereiche¹ an den Erwerbstätigen

		Insg.	A	B-E	F	G-I	J	K	L	M-N	O-Q	R-T
2012	%	100	1,5	19,0	5,7	23,1	2,8	2,9	1,1	13,1	23,8	7,0
2019	%	100	1,3	18,5	5,6	22,6	3,0	2,4	1,1	13,8	25,0	6,7
Δ	%-Punkte		–0,2	–0,5	–0,1	–0,5	0,2	–0,4	0,0	0,7	1,2	–0,2
Δ/a	%-Punkte		0,0	–0,1	0,0	–0,1	0,0	–0,1	0,0	0,1	0,2	0,0
Q4.2019	%	100	1,3	18,4	5,7	22,6	3,1	2,4	1,1	13,8	25,1	6,7
Q2.2021	%	100	1,3	18,0	5,8	21,8	3,2	2,4	1,1	13,6	26,1	6,6
Δ	%-Punkte		0,1	–0,3	0,2	–0,7	0,1	0,0	0,0	–0,1	0,9	–0,1

¹ A ... Land- und Forstwirtschaft, Fischerei; B-E ... Produzierendes Gewerbe ohne Bau; F ... Baugewerbe; G-I ... Handel, Verkehr, Gastgewerbe; J ... Information und Kommunikation; K ... Finanz- und Versicherungsdienstleister; L ... Grundstücks- und Wohnungswesen; M-N ... Unternehmensdienstleister; O-Q ... Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit; R-T ... Sonstige Dienstleister.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Kurzarbeit, KfW-Kredite und Zuschüsse sind weiterhin wichtige wirtschaftspolitische Instrumente zur Stabilisierung der Unternehmen, sie stützen aber auch, direkt oder indirekt, die **verfügbaren Einkommen** der privaten Haushalte. Auch aufgrund dieser Maßnahmen und infolge der wirtschaftlichen Erholung sind die verfügbaren Einkommen im zweiten Quartal 1,3% höher gewesen als vor der Krise (viertes Quartal 2019), wohingegen der Konsum trotz zuletzt deutlicher Expansion noch um 5,7% unter Vorkrisenniveau lag, das Brutto-

⁶ Allerdings erklärt die hohe Bedeutung der Automobilproduktion nur zum Teil die besondere Betroffenheit Deutschlands. Das zeigt eine Aufsplittung der Umfrageergebnisse für April sowohl nach einigen Ländern als auch nach wichtigen Branchen des Verarbeitenden Gewerbes. Vgl. ECB (2021), [Economic Bulletin 4/2021](#), 80.

inlandsprodukt um 0,7% (alles gemessen in laufenden Preisen). Die Haushalte sparen also weiterhin einen deutlich größeren Teil ihres verfügbaren Einkommens als in den Jahren vor der Pandemie (nämlich 16,8% im zweiten Quartal 2021 statt etwa 11% im langjährigen Durchschnitt). Denn der Konsum mancher Dienstleistung ist immer noch eingeschränkt. Zu dem Anstieg der Sparquote trägt auch bei, dass die Arbeitseinkommen Besserverdienender, die eine höhere Sparquote haben, weniger von der Krise getroffen worden sind, als Einkommen von Geringverdienern.⁷

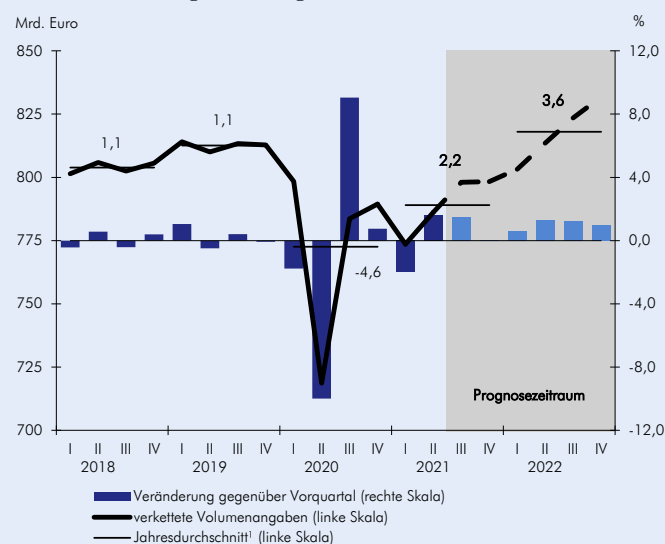
Die **Verbraucherpreise** lagen im August mit 3,9% deutlich über ihrem Vorjahresniveau. Hierzu haben einerseits Basiseffekte des Vorjahres wie die temporäre Mehrwertsteuersenkung und der zwischenzeitliche Ölpreisverfall, aber auch die Einführung des bundesweiten Emissionshandels zur CO₂-Bepreisung im Bereich Verkehr und Wärme im Rahmen des Klimapakets, die Erhöhung des Mindestlohns und administrierter Gebühren beigetragen. Zur Jahresmitte 2021 beschleunigte sich der Preisauftrieb abermals deutlich. So stiegen die Verbraucherpreise im Juli um 0,9% zum Vormonat und stagnierten im August auf diesem Niveau. Dieser jüngste Anstieg ging auf Preiserhöhungen aufgrund von Knappheiten auf den internationalen Gütermärkten, insbesondere auch bei Nahrungsmittel und Agrarrohstoffen, zurück. Auch in den nächsten Monaten dürfte die Inflation weiter kräftig sein, da die CO₂-Preise zu Beginn des Jahres 2022 weiter verteuert werden, die aktuellen Verknappungen auf den internationalen Märkten wohl nur langsam zurückgehen werden und der Mindestlohn kräftig erhöht wird. Dagegen entfallen die Basiseffekte zu Beginn des neuen Jahres und die moderaten Tarifabschlüsse im ersten Halbjahr 2021 deuten darauf hin, dass eine Preis-Lohn-Spirale in Deutschland vorerst ausbleibt. In diesem Jahr dürfte die Inflation 2,9% erreichen und sich erst im weiteren Prognoseverlauf auf 2,6% im Jahr 2022 und 1,7% im Jahr 2023 etwas entschleunigen.

Die gesamtwirtschaftliche Produktion dürfte **im dritten Quartal** mit 1,5% noch einmal kräftig zugelegt haben (vgl. Abbildung 4); das zeigen vor allem die guten Stimmungsindikatoren an. Die Flutkatastrophen im Juli dürften gesamtwirtschaftlich kaum ins Gewicht fallen (vgl. Kasten 4). Allerdings deuten mit Mauteinnahmen und Stromverbrauch zwei tagesaktuell verfügbare Indikatoren für das Verarbeitende Gewerbe auf einen weiteren Rückgang der Produktion hin. Ein Teil der dafür ursächlichen Lieferengpässe, nämlich der Stau im Seeverkehr und die Halbleiterknappheit, dürfte auch im vierten Quartal nicht beseitigt sein. Zu Jahresende dürfte zudem die derzeit anschwellende Pandemie die wirtschaftliche Aktivität belasten. Zwar wird es wohl dank des deutlich geringeren Infektionsrisikos für Geimpfte und Genesene im Einzelhandel zu geringeren Einschränkungen kommen als anlässlich der früheren Wellen. Einbußen wird es aber für Veranstalter von Großveranstaltungen und im Reiseverkehr geben, sei es, weil die Menschen Risiken meiden, oder weil Beschränkungen wieder verschärft werden. Alles in allem ist mit einem **recht schwachen Jahresschlussquartal** zu rechnen. Für die Zeit danach stehen die Chancen gut, dass die Wirtschaft ihren Weg in die Normalität wiederaufnimmt. Das betrifft vor allem das Sparverhalten der privaten Haushalte: Deren Sparquote dürfte sich bis zum Ende des Jahres 2023 wieder auf das Vorkrisenniveau von etwa 11% einpendeln, was, bei weiter moderat steigenden Einkommen, eine kräftig expandierende Konsumgüternachfrage im Jahr 2022 impliziert.

Abbildung 4

Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland

saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

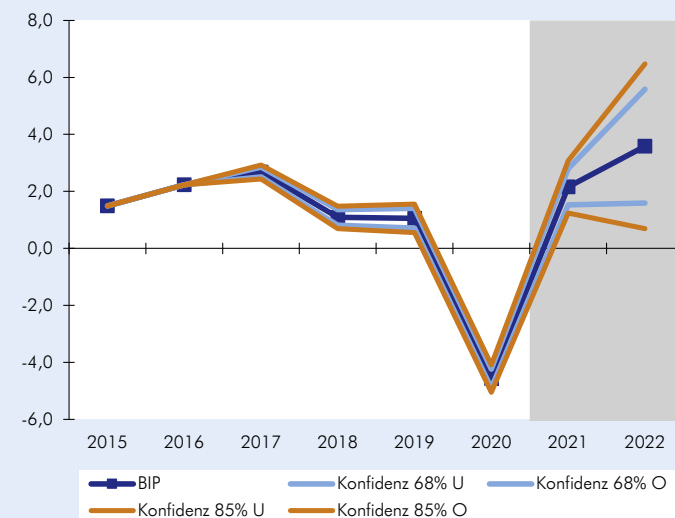
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 3. Quartal 2021: Prognose des IWH.

⁷ Vgl. dazu für den Euroraum ECB: [Economic Bulletin 5/2021](#), 52 f.

Abbildung 5

Prognoseunsicherheit¹

Veränderung gegenüber Vorjahr in %



¹ Zur Berechnung werden die Prognosefehler der Vergangenheit herangezogen und Risikoszenarien ausgeblendet, d. h. die tatsächliche Prognoseunsicherheit unter Einbeziehung extremer Risiken – wie der Coronakrise – ist höher als hier angegeben.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Alles in allem dürfte das **Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2021** um 2,2% steigen (vgl. Tabelle in der Zusammenfassung), nach einem Rückgang von 4,6% im Jahr 2020 (vgl. Kasten 2). Im **Jahr 2022** dürfte es um 3,6% zunehmen (vgl. Tabelle A7). Damit wird die Prognose im Vergleich zur IWH-Sommerprognose gesenkt, und zwar um 1,7 Prozentpunkte für das Jahr 2021 und um 0,4 Prozentpunkte für das Jahr 2022. Die Gründe für die Revision ist zum einen, dass sich nach heutiger Sicht anders als nach der Sommerprognose die Probleme im Verarbeitenden Gewerbe in der zweiten Jahreshälfte noch nicht auflösen werden, und dass im Sommer noch nicht mit der sich gegenwärtig entwickelnden Delta-Welle der Pandemie gerechnet wurde. Für das Jahr 2021 reicht das 68%-Prognoseintervall für den Zuwachs des Bruttoinlandsproduktes von 1,5% bis 2,8% und für das Jahr 2022 von 1,6% bis 5,6% (vgl. Abbildung 5).⁸ Im Jahr 2023 legt die

Produktion gemäß vorliegender Prognose um 2,2% zu. Die Kapazitäten sind nach vorliegender Prognose zum Ende des Jahres 2022 wieder normal ausgelastet, auch weil das Produktionspotenzial langsamer als vor der Krise wächst (vgl. Kasten 3).

Infolge der weiteren Erholung der Produktion im dritten Quartal 2021 verbessert sich die **Beschäftigungslage**. Dafür spricht auch die günstige Entwicklung des Stellenangebots. Die Zahl der Erwerbstätigen dürfte um 228 000 Personen bzw. 0,5% zunehmen, was maßgeblich auf die Zunahme bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zurückzuführen sein wird. Die Zahl der Kurzarbeiter wird wohl weiter zurückgehen. Dies führt auch zu einer Zunahme der Arbeitszeit. Im Schlussquartal 2021 dürfte infolge der zu erwartenden Produktionsschwäche der Beschäftigungsaufbau deutlich geringer ausfallen. Obwohl im weiteren Verlauf des Jahres 2021 weiter Beschäftigung aufgebaut wird, dürfte die Zahl der Erwerbstätigen im Durchschnitt des Jahres 2021 gegenüber dem Vorjahresstand unverändert bleiben. Im Jahr 2022 wird die Beschäftigung wohl um 0,6% und im Jahr darauf um 0,4% steigen. Die registrierte Arbeitslosigkeit wird im Verlauf des Jahres 2021 weiter abnehmen. Dazu dürfte auch die wohl wieder steigende Zahl der Teilnehmer an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen beitragen. Diese waren nach Ausbruch der Pandemie vor allem infolge der Kontaktbeschränkungen deutlich zurückgegangen. Die Arbeitslosenquote dürfte im Jahr 2021 5,7% und im Jahr 2022 5,4% betragen. Im Folgejahr ist mit einer Arbeitslosenquote von 5,3% zu rechnen.

⁸ Das 68%-Prognoseintervall überlagert die tatsächliche Veränderungsrate mit einer Wahrscheinlichkeit von 68% – sofern das Basisszenario zutreffend ist. Zur Berechnung werden die Prognosefehler für den Zuwachs des IWH aus der Vergangenheit herangezogen, d. h. die tatsächliche Prognoseunsicherheit unter Einbeziehung extremer Risiken ist höher als hier angegeben.

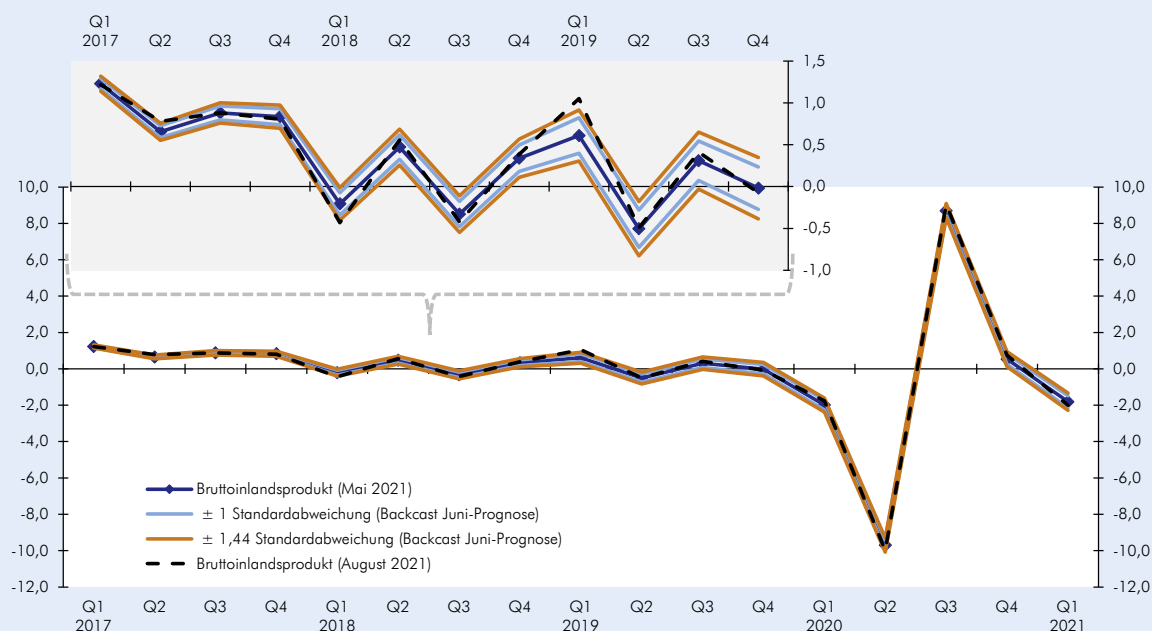
Kasten 2**Zur jüngsten Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen**

Im August 2021 hat das Statistische Bundesamt turnusgemäß das Zahlenwerk der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) wie üblich für die vergangenen vier Berichtsjahre revidiert und Parameter der Saison- und Kalenderbereinigung angepasst. Gemessen an vorherigen Revisionen fielen die jüngsten Korrekturen für den Zeitraum von 2017 bis 2020 für den Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts (BIP) mit teilweise über 0,5 Prozentpunkten vergleichsweise hoch aus. Ein Grund hierfür stellt laut Statistischem Bundesamt die durch die Corona-Pandemie bedingte größere Unsicherheit dar. Mit Ausnahme des Jahres 2019 liegt die Anpassung von 2017 bis 2020 jedoch in der im Juni 2021 erwarteten Revisionsspanne.^{K2.1}

Die Revision der vierteljährlichen Expansionsrate des Bruttoinlandsprodukts wurde für die meisten Quartale im Vergleich zum bisherigen Datenstand in einem Umfang revidiert, der innerhalb der 68%-Revisionsspanne liegt (vgl. Abbildung K2). Nur für das erste Quartal 2019 wurde die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts deutlicher nach oben revidiert als erwartet.

Abbildung K2**Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland**

Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf, Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Die Aufwärtskorrektur des Zuwachses im Jahr 2019 um 0,2 Prozentpunkte (von -4,6% auf -4,8%) ist verwendungsseitig maßgeblich auf eine stärkere Expansionsrate der Binnennachfrage zurückzuführen. Die Jahreszuwachsrate der Binnennachfrage für 2019 liegt nun bei 1,8% (zuvor 1,2%). Dies ist vor allem auf Revisionen der Vorratsveränderungen (+1,6 Prozentpunkte) zurückzuführen. Darüber hinaus wird die Jahresarbeitszeit insbesondere für das Jahr 2020 deutlich geringer ausgewiesen als bisher, dies führt zu einer Revision der Produktivität um 0,4 Prozentpunkte.^{K2.2}

^{K2.1} Vgl. *Arbeitskreis Konjunktur des IWH*: Konjunktur aktuell: Zurück ins Leben – Zunahme persönlicher Kontakte beflügelt wirtschaftliche Aktivität, in: *IWH, Konjunktur aktuell*, Jg. 9 (2), 2021, 39.

^{K2.2} Die deutliche Änderung der Arbeitszeit ist insbesondere auf die Arbeitszeitrevision der Selbstständigen zurückzuführen: <https://www.iab.de/de/daten/iab-arbeitszeitrechnung.aspx>.

Kasten 3**Zur Schätzung des Produktionspotenzials**

Das IWH greift zur Bestimmung des Produktionspotenzials auf die Methode zurück, die auch von der EU-Kommission im Rahmen der regelmäßigen Haushaltsüberwachung angewendet wird. Unter Anwendung dieser Methode ergibt sich für den Projektionszeitraum (2021 bis 2026) ein jahresdurchschnittlicher Zuwachs des Produktionspotenzials von 0,9% (vgl. Tabelle K3). Damit liegt das Niveau des Produktionspotenzials im Jahr 2024 um 1,5% niedriger als noch vor Ausbruch der Corona-Pandemie geschätzt.^{K3} Den größten Revisionsbeitrag liefert das Arbeitsvolumen, unter anderem weil die Bevölkerungsprojektion aufgrund des gesunkenen Wanderungssaldos geringer ausfällt.

Tabelle K3**Produktionspotenzial und seine Determinanten nach EU-Methode**Jahresdurchschnittliche Veränderung in Prozent¹

	1996-2020 ²	1996-2020	2020-2026
Produktionspotenzial	1,2	1,3	0,9
Kapitalstock	1,6 (0,5)	1,6 (0,5)	1,3 (0,4)
Solow-Residuum	0,5 (0,5)	0,6 (0,6)	0,6 (0,6)
Arbeitsvolumen	0,1 (0,1)	0,3 (0,2)	-0,2 (-0,2)
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter	0,0	0,0	-0,1
Partizipationsquote	0,5	0,5	0,2
Erwerbsquote	0,2	0,2	0,0
Durchschnittliche Arbeitszeit	-0,6	-0,4	-0,2
Nachrichtlich:			
Arbeitsproduktivität	1,0	1,1	1,1

¹ Differenzen in den aggregierten Werten ergeben sich durch Rundung. In Klammern: Wachstumsbeiträge. – ² Tatsächliche Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und seiner Determinanten.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Projektionen des IWH.

Das potenzielle Arbeitsvolumen wird bis zum Jahr 2026 um jahresdurchschnittlich 0,2% schrumpfen. Die jährliche Veränderungsrate weist hierbei einen deutlich abwärts gerichteten Trend auf. Für den Rückgang des Arbeitsvolumens sind vor allem die Entwicklung der Bevölkerung und die Arbeitszeit je Erwerbstätigen bestimmend. Der alterungsbedingte Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15–74 Jahre) kann nicht mehr durch einen hohen Nettowanderungssaldo kompensiert werden. Ausschlaggebend hierfür ist das durch die Corona-Pandemie vorübergehend zum Erliegen gekommene Wanderungsgeschehen. Der Wanderungssaldo lag im Jahr 2020 mit 185 000 Personen um gut 150 000 Personen niedriger als in der aktuellen koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamts (G2-L2-W2) angenommen. Auch für dieses und für die Folgejahre ist von einem im Vergleich zur Bevölkerungsvorausberechnung schwächeren Nettowanderungssaldo in Höhe von durchschnittlich 231 000 Personen auszugehen.

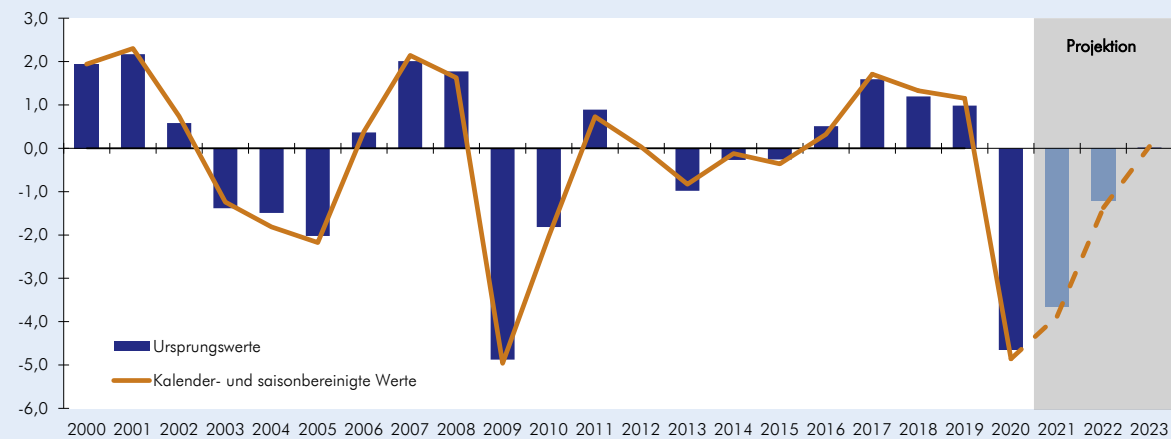
Insgesamt wird damit ein Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 62,2 Mio. Personen im Jahr 2020 auf 61,8 Mio. Personen im Jahr 2026 erwartet. Die trendmäßige Arbeitszeit je Erwerbstätigen wird mit einer jahresdurchschnittlichen Rate von -0,2% weiter rückläufig sein. Der trendmäßige Anstieg der Partizipationsquote setzt sich im Projektionszeitraum deutlich abgeschwächt fort, sodass die Quote im Jahr 2026 reichlich 75% betragen wird. Die strukturelle Erwerbslosenquote (NAWRU) wird im Jahr 2025 mit 3,1% etwas höher liegen als im Jahr 2021 (2,9%). Der Kapitalstock wird der Projektion zufolge um durchschnittlich 1,3% pro Jahr ausgeweitet werden und damit 0,4 Prozentpunkte zum Potenzialwachstum beitragen.

^{K3} Vgl. *Arbeitskreis Konjunktur des IWH: Weltwirtschaft wieder etwas kräftiger – aber Deutschland zunächst weiter im Abschwung*, in: *IWH, Konjunktur aktuell*, Jg. 7 (4), 2019, 69–108.

Der jahresdurchschnittliche Zuwachs der trendmäßigen totalen Faktorproduktivität (TFP) wird im Projektionszeitraum 0,6% betragen. Hierbei wird, wie auch bei den zuvor beschriebenen Bestimmungsfaktoren des Produktionspotenzials, davon ausgegangen, dass kein durch die Corona-Pandemie bedingter Bruch in der Trendfortschreibung eintritt.

Abbildung K3
Produktionslücke

In Relation zum Produktionspotenzial in %



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Projektionen des IWH.

Auf Basis der Schätzung des Produktionspotenzials und der Prognose des Bruttoinlandsproduktes ergibt sich damit für das laufende Jahr eine Produktionslücke von -3,7%. Zu Beginn des Jahres 2023 wird die Lücke wieder vollständig geschlossen sein (vgl. Abbildung K3).

Das **gesamtstaatliche Finanzierungsdefizit** wird sich im Jahr 2021 weiter vergrößern, weil die Ausgaben des Staates erneut stärker zunehmen werden als die Einnahmen. Zwar legen die Steuereinnahmen, nach kräftigem Rückgang im Vorjahr, im laufenden Jahr wieder zu. Dies geht jedoch im Wesentlichen auf höhere Produktions- und Importabgaben zurück, weil hier die Wiederanhebung der Mehrwertsteuersätze und die CO₂-Bepreisung in den Bereichen Wärme und Verkehr einnahmesteigernd wirken. Bei den Einkommen- und Vermögensteuern stehen den aus der leichten konjunkturellen Belebung resultierenden Mehreinnahmen einkommensmindernde Steuererleichterungen, vor allem der teilweise Abbau des Solidaritätszuschlags und das Zweite Familienentlastungsgesetz, gegenüber. Die Beitragseinnahmen des Staates legen mit der allmählichen Belebung am Arbeitsmarkt und einer etwas gestiegenen Beitragsbelastung beschleunigt zu. Die öffentlichen Ausgaben nehmen zwar deutlich verhaltener zu als im Vorjahr, insbesondere aufgrund der direkten finanziellen Zuwendungen an von den Kontaktbeschränkungen besonders hart getroffenen Unternehmen, aber dennoch kräftig. Das gesamtstaatliche Haushaltsdefizit dürfte sich auf 4,5% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt belaufen, nach 4,3% im Jahr zuvor.

Im weiteren Verlauf des Prognosezeitraums dürfte sich der Finanzierungssaldo des Staates mit dem Auslaufen der Corona-bedingten Maßnahmen und der konjunkturellen Erholung kontinuierlich erhöhen. Im Jahr 2022 liegt er bei -1,3% und im Jahr 2023 bei -0,6% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Der um konjunkturelle und Einmaleffekte bereinigte strukturelle Finanzierungssaldo erhöht sich von -2,5% im Jahr 2021 auf -0,6% im Jahr 2023 (vgl. Tabelle 2).

Tabelle 2**Finanzierungssaldo, struktureller Finanzierungssaldo und struktureller Primärsaldo des Staates**

In Mrd. Euro

	2020	2021	2022	2023
Gesamtstaatlicher Finanzierungssaldo	-145,2	-159,0	-48,4	-24,6
– Konjunkturkomponente ¹	-83,2	-67,6	-23,7	-0,0
= Konjunkturbereinigter Finanzierungssaldo	-62,1	-91,4	-24,7	-24,6
– Einmaleffekte ²	-2,0	-2,4	0,0	0,0
= Struktureller Finanzierungssaldo	-60,1	-89,0	-24,7	-24,6
+ Zinsausgaben des Staates	21,0	19,1	17,8	17,0
= struktureller Primärsaldo	-39,1	-69,9	-7,0	-7,7
Veränderung des strukturellen Primärsaldos gegenüber dem Vorjahr	-101,1	-30,8	63,0	-0,7
<i>Nachrichtlich:</i>	<i>In Relation zum Bruttoinlandsprodukt in %</i>			
Struktureller Finanzierungssaldo	-1,8	-2,5	-0,7	-0,6
Struktureller Primärsaldo	-1,2	-2,0	-0,2	-0,2
Veränderung des strukturellen Primärsaldos gegenüber dem Vorjahr	-2,9	-0,8	1,8	0,0

¹ Berechnet mit einer Budgetsemielastizität von 0,504. – ² Abwicklung der HSH Nordbank, Gerichtsurteile, Bußgeldzahlungen im Zusammenhang mit manipulierten Abgaswerten.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen des IWH.

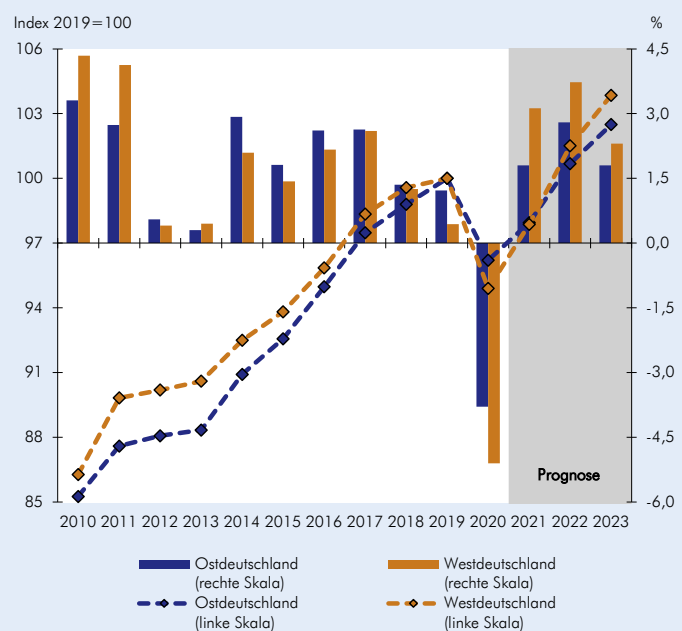
Die **Abwärtsrisiken** für die Konjunktur in Deutschland sind die gleichen wie für die internationale Konjunktur: der kaum berechenbare Pandemieverlauf und die preistreibenden Engpässe in den internationalen Lieferketten. Es gibt aber Gründe, warum diese Risikofaktoren für die deutsche Wirtschaft besonders ins Gewicht fallen. Dazu gehört paradoxerweise die hierzulande im Vergleich zu anderen Ländern Europas recht guten Erfolge in der Pandemiebekämpfung. Die Zahl der durch eine überwundene Erkrankung immunen Personen ist relativ gering. Deshalb könnte die gegenwärtige Delta-Welle in Deutschland ein verglichen mit dem Durchschnitt innerhalb der Europäischen Union besonders großes Ausmaß annehmen, auch wenn sich die Impfquoten in den größeren Ländern der EU nur wenig unterscheiden.

Zudem ist das deutsche Verarbeitende Gewerbe in besonderem Maß in internationale Produktionsketten eingebunden. Deshalb stellen die derzeitigen Störungen der Produktionsketten für die deutsche Konjunktur ein besonders hohes Risiko dar.

Wenn die wirtschaftliche Expansion in Deutschland besonders stark ist, fällt der Zuwachs in **Ostdeutschland** typischerweise deutlich geringer aus als im Westen. Denn im Osten hat mit den öffentlichen Dienstleistern ein Wirtschaftszweig besonderes Gewicht, der im Zeitverlauf stabil ist, und das konjunkturresistente Verarbeitende Gewerbe hat einen geringeren Anteil an der Wertschöpfung als in Westdeutschland. In diesem Jahr dürfte der Wachstumsabstand aber geringer ausfallen als etwa nach der Finanzkrise im Jahr 2010 (vgl. Abbildung 6). Dies hängt mit dem wesentlichen Faktor zusammen, der die wirtschaftliche Expansion im Jahr 2021 bremst: Das Verarbeitende Gewerbe kämpft mit Materialknappheiten, allerdings nicht jeder Wirtschaftszweig im gleichen Umfang. Laut einer Umfrage des ifo-Instituts haben knapp 70% aller deutschen

Abbildung 6**Reales Bruttoinlandsprodukt in Ost- und Westdeutschland**

Ursprungswerte; Veränderung gegenüber Vorjahr in %



Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Unternehmen dieses Problem, in den besonders betroffenen Wirtschaftszweigen Maschinenbau, Möbel und Gummi- und Kunststoffwaren sind es aber über 80%, im Automobilbau sogar 91,5%. Im Westen haben diese Wirtschaftszweige eine größere Bedeutung (mit einem Anteil an der Brutto Lohn- und Gehaltssumme im gesamten dortigen Verarbeitenden Gewerbe von 50%) als im Osten (mit einem Anteil von nur 35%). Dass das Verarbeitende Gewerbe im Osten nicht so stark wie im Westen gebremst wird, darauf deuten auch dessen bis Mitte des Jahres vorliegenden Umsatzzahlen hin.

Es ist damit zu rechnen, dass das ostdeutsche Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2021 um 1,8% zulegt (Deutschland: 2,2%) und im Jahr 2022 um 2,8% (Deutschland: 3,6%). Die ostdeutsche Arbeitslosenquote dürfte von 7,3% im Jahr 2020 auf 7,1% im Jahr 2021 und 6,8% im kommenden Jahr zurückgehen.

Kasten 4

Flut-Katastrophen und regionale Wirtschaftsentwicklung in Deutschland

Im Juli 2021 wurden Teile Nordrhein-Westfalens und von Rheinland-Pfalz von Unwettern und erheblichen Überschwemmungen getroffen. 180 Menschen sind den Fluten zum Opfer gefallen. Die Sachschäden sind vermutlich etwa so groß wie die des Hochwassers im August 2002 an Elbe, Mulde und Donau und deutlich höher als die der Überschwemmungen an Elbe, Donau und deren Nebenflüssen im Juni 2013.^{K4.1} In diesem Kasten wird der Frage nachgegangen, welche wirtschaftlichen Folgen für die betroffenen Landkreise zu erwarten sind, wenn die Auswirkungen der Flutkatastrophen der Jahre 2002 und 2013 als Maßstab dienen können. Dafür wird untersucht, inwiefern sich die wirtschaftliche Entwicklung in den von den Überflutungen betroffenen Landkreisen und kreisfreien Städten im Jahr des Unglücks und danach von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung unterschieden hat.^{K4.2}

Die jeweils betroffenen Kreise wurden mithilfe von Karten für die Überschwemmungsgebiete identifiziert.^{K4.3} Die wirtschaftliche Entwicklung auf Kreisebene wird anhand der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder (VGRdL) abgebildet. Es werden das nominale Bruttoinlandsprodukt (BIP), die Einwohnerzahl (EW), die Erwerbstätigenzahl (ET), das nominale Bruttoinlandsprodukt je Einwohner (BIPEWO) und die Arbeitsproduktivität (nominales Bruttoinlandsprodukt je Arbeitsstunde, BIPAVETI) betrachtet. Für die Katastrophen werden Dummy-Variablen (F^{2002} und F^{2013}) angelegt, die ab dem betreffenden Jahr den Wert eins annehmen, wenn ein Landkreis von der Katastrophe betroffen war.

Um die wirtschaftliche Entwicklung in den von der Flut betroffenen Kreisen mit der Entwicklung in den übrigen zu vergleichen, wird das folgende Panel-Model geschätzt:

$$\ln y_{it} = \alpha_{it} + \beta_j \cdot t + \sum_{k=0}^6 \gamma_k \cdot F_t^{2002} \cdot I(t = 2002 + k) + \sum_{k=0}^6 \delta_k \cdot F_t^{2013} \cdot I(t = 2013 + k),$$

wobei y_{it} die jeweilige abhängige Variable in einem Kreis i im Jahr t bezeichnet. Die Koeffizienten γ_k und δ_k geben an, um wie viel Prozent die abhängige Variable, etwa das Bruttoinlandsprodukt, in den von der Flut betroffenen Kreisen im Jahr k nach der Flutkatastrophe jeweils von dem trendmäßigen Verlauf abweicht. Dabei wird der Trend in der Basisspezifikation jeweils auf Bundeslandebene geschätzt. Modelliert man die Trends jeweils auf Bundes- oder auf Kreisebene, sind die Ergebnisse qualitativ ähnlich.

^{K4.1} Der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft schätzt den Aufwand der Sach-Elementar-Versicherungen auf 2,4 bis 5,5 Mrd. Euro (Aufwand 2002: 4,65 Mrd. Euro, 2013: 2,24 Mrd., jeweils in Preisen des Jahres 2020). Vgl. <https://www.gdv.de/de/themen/news/versicherte-hochwasserschaden-in-nrw-und-rheinland-pfalz-im-bereich-von-4-bis-5-milliarden-euro-69000>.

^{K4.2} Die Oderflut aus dem Jahr 1997 wird nicht betrachtet, weil für die Jahre vor 2000 nicht alle relevanten Daten für alle Kreise vorhanden sind.

^{K4.3} Für die Flut 2002 vgl. *Bundesministerium der Verteidigung*: Hochwasserkatastrophe im August 2002, 2013 13, für 2013 vgl. *Bundesministerium des Innern*: Bericht zur Flutkatastrophe 2013, Katastrophenhilfe, Entschädigung, Wiederaufbau, 2013, 4.

Tabelle K4

Wirtschaftliche Größen und Flutkatastrophen: Regressionsergebnisse für die Flutkatastrophen 2002 und 2013 auf Kreisebene

	Abhängige Variable:				
	ln(BIP) (1)	ln(EW) (2)	ln(BIPEWO) (3)	ln(ET) (4)	ln(BIPAVETI) (5)
Flut.2002.0	0,014 (0,012)	0,008 (0,006)	0,006 (0,011)	-0,006 (0,008)	0,025*** (0,009)
Flut.2002.1	-0,002 (0,012)	0,007 (0,006)	-0,009 (0,011)	-0,022*** (0,007)	0,026*** (0,009)
Flut.2002.2	0,004 (0,012)	0,006 (0,006)	-0,002 (0,011)	-0,024*** (0,007)	0,026*** (0,009)
Flut.2002.3	-0,016 (0,012)	0,005 (0,006)	-0,021* (0,011)	-0,033*** (0,007)	0,022** (0,009)
Flut.2002.4	0,004 (0,011)	0,004 (0,006)	-0,0004 (0,011)	-0,024*** (0,007)	0,015* (0,009)
Flut.2002.5	0,023** (0,011)	0,002 (0,006)	0,021* (0,011)	-0,01 (0,007)	0,015* (0,009)
Flut.2002.6	0,033*** (0,011)	-0,0002 (0,006)	0,033*** (0,011)	-0,0004 (0,007)	0,022** (0,009)
Flut.2013.0	0,009 (0,008)	0,003 (0,004)	0,006 (0,008)	0,006 (0,005)	0,014** (0,006)
Flut.2013.1	0,026*** (0,008)	0,009** (0,004)	0,017** (0,008)	0,006 (0,005)	0,023*** (0,006)
Flut.2013.2	0,026*** (0,008)	0,019*** (0,004)	0,007 (0,008)	0,005 (0,005)	0,018*** (0,006)
Flut.2013.3	0,036*** (0,008)	0,028*** (0,004)	0,007 (0,008)	0,011** (0,005)	0,025*** (0,006)
Flut.2013.4	0,051*** (0,008)	0,034*** (0,004)	0,017** (0,008)	0,017*** (0,005)	0,035*** (0,006)
Flut.2013.5	0,044*** (0,008)	0,039*** (0,004)	0,006 (0,008)	0,022*** (0,005)	0,023*** (0,007)
Flut.2013.6	0,048*** (0,008)	0,043*** (0,004)	0,005 (0,008)	0,025*** (0,005)	0,024*** (0,007)
Landestrend	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
Kreistrend	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein
Beobachtungen	8 020	8 020	8 020	7 980	7 686
Korrigiertes R ²	0,879	0,303	0,890	0,542	0,901

*p<0,1; **p<0,05; ***p<0,01

Im Ergebnis zeigt sich kein Effekt auf das Bruttoinlandsprodukt im Jahr der Flut, einige Jahre nach einer Flutkatastrophe liegt das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts aber signifikant über dem langjährigen Trend. Dies ist vermutlich auf positive Effekte der Hilfen für Geschädigte sowie der Investitionen in den Wiederaufbau zerstörter Infrastruktur zurückzuführen. Für solche Investitionen wurden nach den Fluten jeweils großzügig öffentliche Mittel bereitgestellt, die meist erst viele Jahre nach der Katastrophe abgerufen werden.^{K4.4} So stehen gegenwärtig immer noch 1,2 Mrd. Euro an Fluthilfegelder für die Reparatur von Schäden aus dem Jahr 2013 bereit.^{K4.5} Bei der Interpretation der Ergebnisse ist zu berücksichtigen, dass hier das nominale Bruttoinlandsprodukt betrachtet wird, es kann also nicht zwischen Preis- und Mengeneffekten unterschieden werden. Preisdaten auf Kreisebene liegen leider nicht vor. Der Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts lässt sich in die Veränderung des Arbeitseinsatzes, gemessen etwa an der Erwerbstätigenzahl, und der Arbeitsproduktivität aufspalten. Im und nach dem Jahr 2002 ist in den betroffenen Gebieten die Arbeitsproduktivität gestiegen, nach dem Jahr 2013 sowohl die Erwerbstätigenzahl als auch die Arbeitsproduktivität.

^{K4.4} Die Finanzhilfen wurden im Jahr 2002 im Flutopfersolidaritätsgesetz, im Jahr 2013 im Aufbauhilfegesetz und in diesem Jahr im Gesetz zur Errichtung eines Sondervermögens „Aufbauhilfe 2021“ geregelt.

^{K4.5} Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*: [Wie den Flutopfern nun geholfen wird](#). (17.07.2021).

Anhang

Tabelle A1

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Welt

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt ¹				Verbraucherpreise ¹				Arbeitslosenquote ²			
		Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %								in %			
		2020	2021	2022	2023	2020	2021	2022	2023	2020	2021	2022	2023
Europa	28,5	−5,8	5,2	4,2	2,3	1,2	3,0	2,4	2,2	7,1	7,1	6,5	6,2
EU 27	20,2	−6,0	4,9	4,3	2,4	0,5	2,1	1,6	1,5				
Großbritannien	3,7	−9,8	6,6	5,1	2,6	1,0	2,4	2,8	2,3				
Schweiz	0,9	−2,4	3,5	2,9	1,2	−0,7	0,6	0,5	0,5				
Norwegen	0,5	−0,8	3,2	3,9	1,6	1,3	3,1	2,2	2,0				
Russland	2,2	−2,5	5,8	3,5	1,8	3,4	5,9	4,5	4,2				
Türkei	1,0	1,8	8,9	2,6	2,8	12,3	17,5	13,0	12,0				
Amerika	35,6	−4,0	5,6	3,2	2,1	1,2	4,4	3,0	1,8	8,1	5,5	4,0	3,7
USA	27,7	−3,4	5,6	3,2	2,0								
Kanada	2,2	−5,3	5,7	4,5	2,1								
Lateinamerika ³	5,7	−6,6	5,9	2,8	2,5	0,7	3,1	2,5	2,2	9,6	7,7	6,5	6,0
Asien	35,9	−1,0	6,5	5,2	4,7	0,0	0,0	0,4	0,3	2,8	2,9	2,8	2,8
Japan	6,7	−4,7	2,2	2,7	1,7								
China ohne Hongkong	18,5	2,3	8,5	5,7	5,6								
Südkorea	2,1	−0,9	4,2	2,9	2,7								
Indien	3,7	−7,3	8,9	8,7	7,0								
Ostasien ohne China ⁴	4,9	−3,6	4,4	4,8	4,8								
Insgesamt ⁵	100,0	−3,4	5,8	4,2	3,1								
fortgeschrittene Volkswirtschaften ⁶	65,8	−4,6	5,0	3,6	2,2	0,8	2,8	2,0	1,7	6,6	5,7	5,0	4,8
Schwellenländer ⁷	34,2	−1,2	7,5	5,3	4,9								
nachrichtlich: Exportgewichtet ⁸	−	−4,7	5,6	4,3	2,7								
gewichtet nach Kaufkraftparitäten ⁹	−	−3,4	6,2	4,6	3,6								
Welthandel ¹⁰	−	−5,4	10,5	3,0	3,3								

¹ Für Ländergruppen: Gewichteter Durchschnitt der Länder. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2019 in US-Dollar.² Für Ländergruppen: Gewichteter Durchschnitt der Länder. Gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2019.³ Brasilien, Mexiko, Argentinien, Peru, Kolumbien, Chile.⁴ Indonesien, Taiwan (Provinz Chinas), Thailand, Malaysia, Singapur, Philippinen, Hongkong (Sonderverwaltungszone Chinas).⁵ Summe der aufgeführten Ländergruppen. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2019 in US-Dollar.⁶ EU 27, Großbritannien, Schweiz, Norwegen, USA, Kanada, Japan, Korea, Taiwan, Hongkong, Singapur.⁷ Russland, China ohne Hongkong, Indien, Indonesien, Thailand, Malaysia, Philippinen, Lateinamerika.⁸ Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr 2019.⁹ Kaufkraftparitäten aus: IMF, World Economic Outlook, Oktober 2020.¹⁰ Realer Güterhandel. Wert für 2020 von CPB.

Quellen: IWF; OECD; CPB; ab 2021: Prognose des IWH.

Tabelle A2**Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in den USA**

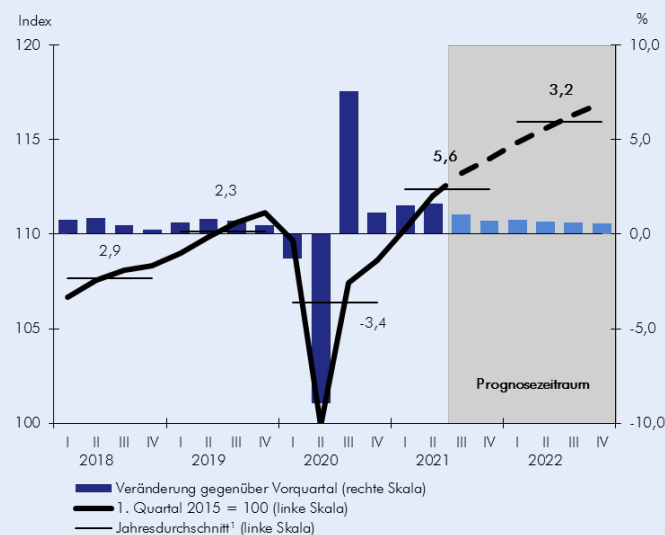
	2020	2021	2022	2023
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
reales Bruttoinlandsprodukt	-3,4	5,6	3,2	2,0
privater Konsum	-3,8	7,8	3,2	1,9
Staatskonsum und -investitionen	2,5	1,1	1,0	1,2
private Bruttoanlageinvestitionen	-6,0	8,6	5,1	1,6
inländische Verwendung	-3,0	6,8	3,2	1,8
Exporte	-13,6	5,9	7,2	2,8
Importe	-8,9	13,3	3,6	1,9
Außenbeitrag ¹	-0,3	-1,1	-0,0	0,3
Verbraucherpreise	1,2	4,4	3,0	1,8
in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts				
Budgetsaldo ²	-15,8	-15,0	-6,1	-4,6
Leistungsbilanzsaldo	-2,8	-3,7	-3,4	-3,3
in % der Erwerbspersonen				
Arbeitslosenquote	8,1	5,5	4,0	3,7

¹ Wachstumsbeitrag. – ² Gesamtstaat (Bund plus Bundesstaaten und Gemeinden).

Quellen: Bureau of Economic Analysis; Berechnungen des IWH; 2021 bis 2023: Prognose des IWH.

Abbildung A1**Reales Bruttoinlandsprodukt in den USA**

saisonbereinigter Verlauf



¹ Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Bureau of Economic Analysis; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 3. Quartal 2021: Prognose des IWH.

Tabelle A3**Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung im Euroraum**

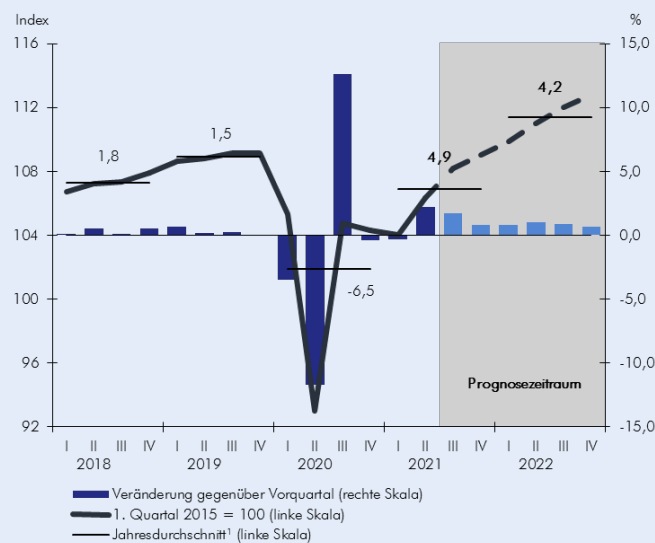
	2020	2021	2022	2023
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
reales Bruttoinlandsprodukt	-6,3	4,9	4,2	2,3
privater Konsum	-8,0	2,6	5,1	2,5
öffentlicher Konsum	1,4	3,2	1,0	0,5
Bruttoanlageinvestitionen	-7,2	4,9	4,9	2,3
inländische Verwendung	-6,2	3,3	4,1	2,0
Exporte ¹	-9,0	9,7	6,6	3,8
Importe ¹	-9,0	7,1	6,2	3,4
Außenbeitrag ²	-0,3	1,5	0,5	0,3
Verbraucherpreise ³	0,3	2,0	1,5	1,5
% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt				
Budgetsaldo ⁴	-7,2	-8,2	-4,2	-3,2
Leistungsbilanzsaldo	2,1	2,6	2,9	3,2
in % der Erwerbspersonen				
Arbeitslosenquote ⁵	7,9	7,8	7,1	6,8

¹ Einschließlich Intrahandel. – ² Wachstumsbeitrag. – ³ Harmonisierter Verbraucherpreisindex. – ⁴ Gesamtstaatlich; enthält die prognostizierte Kreditaufnahme der EU im Rahmen der Aufbau- und Resilienzfazilität. – ⁵ Standardisiert.

Quellen: Eurostat; Europäische Kommission; ILO; Berechnungen des IWH; 2021 bis 2023: Prognose des IWH.

Abbildung A2**Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum**

saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



¹ Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Eurostat; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 3. Quartal 2021: Prognose des IWH.

Tabelle A4**Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in Europa**

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt ¹				Verbraucherpreise ²				Arbeitslosenquote ³			
		Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %								in %			
		2020	2021	2022	2023	2020	2021	2022	2023	2020	2021	2022	2023
Deutschland	24,7	−5,0	2,1	3,7	2,4	0,4	3,0	2,5	1,7	3,8	3,6	3,3	3,2
Frankreich	17,4	−8,0	6,2	4,5	2,0	0,5	1,6	1,1	1,3	8,0	8,0	7,8	7,7
Italien	12,8	−8,9	5,9	4,0	1,9	−0,2	1,1	0,6	1,1	9,3	9,6	9,2	9,1
Spanien	8,9	−10,9	6,3	6,4	3,4	−0,3	2,1	1,6	1,5	15,5	14,7	12,7	11,4
Niederlande	5,8	−3,8	3,8	4,0	2,2	1,1	1,8	1,0	1,3	3,8	3,2	2,9	2,7
Belgien	3,4	−6,3	5,6	3,5	1,7	0,4	2,2	1,4	1,6	5,6	6,2	5,5	5,2
Österreich	2,8	−6,3	3,9	4,1	1,9	1,4	2,3	1,7	1,8	6,0	6,5	5,7	5,2
Irland	2,5	5,9	15,1	4,7	2,7	−0,5	1,3	1,3	1,6	5,9	6,7	5,5	4,5
Finnland	1,7	−2,9	3,3	2,2	1,2	0,4	1,7	1,7	1,6	7,7	7,8	7,3	7,4
Portugal	1,5	−7,6	4,2	5,4	1,8	−0,1	0,4	0,5	1,0	7,1	6,7	6,3	6,1
Griechenland	1,3	−7,8	4,8	5,1	3,0	−1,3	−0,5	0,2	1,2	16,4	15,5	14,6	14,2
Slowakei	0,7	−5,1	4,7	5,3	3,5	2,0	2,3	2,6	2,1	6,7	6,7	6,2	5,9
Luxemburg	0,5	−1,3	5,9	2,4	2,0	0,0	2,2	0,4	1,5	6,7	6,0	5,8	5,9
Litauen	0,3	−0,8	4,7	3,6	2,6	1,1	3,3	2,9	2,4	8,5	7,2	6,6	5,9
Slowenien	0,3	−4,8	7,0	4,2	3,4	−0,3	1,4	1,3	1,6	5,0	4,4	4,1	4,2
Lettland	0,2	−3,6	4,9	4,7	3,1	0,1	2,1	2,3	2,8	8,1	7,6	6,9	6,3
Estland	0,2	−2,7	8,8	3,3	3,4	−0,6	3,4	3,2	2,5	6,8	6,5	5,5	5,2
Zypern	0,2	−5,1	4,5	4,3	3,5	−1,1	1,6	2,2	1,7	7,6	6,8	5,1	5,0
Malta	0,1	−8,1	5,7	5,6	4,6	0,8	0,5	1,5	1,5	4,4	3,5	3,2	3,1
Euroraum insgesamt	85,5	−6,5	4,9	4,2	2,3	0,3	2,0	1,5	1,5	7,9	7,8	7,1	6,8
Euroraum ohne Deutschland	60,8	−7,1	6,0	4,5	2,3	0,2	1,6	1,1	1,4	9,4	8,7	8,0	7,6
Polen	3,8	−2,7	5,2	5,5	3,9	3,7	4,5	2,5	2,1	3,2	3,6	3,2	3,1
Schweden	3,4	−3,0	4,3	3,6	2,0	0,7	2,0	1,4	1,3	8,3	8,6	7,7	7,6
Dänemark	2,2	−2,1	3,4	3,3	1,9	0,3	1,5	1,5	1,3	5,7	4,9	4,6	4,9
Tschechien	1,6	−5,8	3,6	5,4	3,4	3,3	2,6	2,2	2,1	2,6	2,9	2,5	2,1
Rumänien	1,6	−3,7	7,0	4,6	3,5	2,4	3,5	2,8	2,3	5,0	5,3	4,7	4,5
Ungarn	1,0	−5,1	7,5	5,0	3,6	3,4	5,1	4,7	3,2	4,1	4,1	3,4	3,0
Bulgarien	0,4	−3,8	5,1	4,1	3,5	1,2	1,9	1,9	2,6	5,1	5,9	5,1	4,3
Kroatien	0,4	−7,7	8,6	4,0	2,6	0,0	2,1	1,7	1,8	7,8	7,3	6,7	6,2
MOE-Länder ⁴	10,7	−3,9	5,6	5,0	3,6	2,7	3,6	2,6	2,3	4,4	4,6	4,1	3,8
EU 27 ⁵	100,0	−6,0	4,9	4,3	2,4	0,5	2,1	1,6	1,5	7,1	7,1	6,5	6,2

¹ Die Zuwachsraten sind, außer für die Slowakei, um Arbeitstageeffekte bereinigt.² Harmonisierter Verbraucherpreisindex.³ Standardisiert.⁴ Mittel- und osteuropäische Länder: Slowakei, Slowenien, Litauen, Lettland, Estland, Polen, Tschechien, Rumänien, Ungarn, Bulgarien, Kroatien.⁵ Summe der aufgeführten Länder. Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2019 in US-Dollar. Arbeitslosenquote gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2019.

Quellen: Eurostat; IWF; ab 2021: Prognose des IWH.

Tabelle A5**Quartalsdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung¹**

Veränderung in % gegenüber dem Vorquartal

	2020				2021				2022			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
private Konsumausgaben	-2,1	-11,5	11,5	-2,7	-5,2	3,2	3,7	1,3	1,8	2,2	1,9	1,3
öffentlicher Konsum	0,9	0,8	1,7	0,9	-0,7	1,8	0,1	0,1	0,0	-0,3	-0,4	0,2
Bauten	4,0	-3,5	-0,9	2,9	-0,2	0,3	0,6	0,8	0,7	0,5	0,5	0,5
Ausrüstungen	-6,7	-14,8	16,7	1,9	-0,4	0,3	1,0	0,8	1,0	1,0	0,7	0,7
sonstige Anlagen	0,6	-3,5	2,3	1,8	-2,6	1,3	0,8	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6
Vorratsinvestitionen ²	0,1	-0,4	-1,8	0,5	1,9	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
inländische Verwendung	-0,8	-8,1	5,6	-0,3	-1,1	2,4	2,2	0,9	1,2	1,3	1,0	0,9
Außenbeitrag ²	-1,0	-2,3	3,6	1,0	-1,0	-0,6	-0,6	-0,8	-0,5	0,0	0,2	0,2
Exporte	-3,4	-20,1	17,5	4,6	1,4	0,5	2,7	1,9	1,7	1,7	1,7	1,4
Importe	-1,5	-16,9	9,3	2,7	4,2	2,1	4,5	4,1	2,9	1,8	1,4	1,2
Bruttoinlandsprodukt	-1,8	-10,0	9,0	0,7	-2,0	1,6	1,5	0,0	0,6	1,3	1,2	1,0

¹ Saison- und arbeitstäglich bereinigte Werte; in Vorjahrespreisen. – ² Beitrag zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts in Prozentpunkten (Lundberg-Komponenten).

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 3. Quartal 2021: Prognose des IWH.

Tabelle A6**Beiträge der Verwendungskomponenten zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts¹**

in Prozentpunkten

	2020	2021	2022	2023
Konsumausgaben	-2,3	0,3	4,3	1,8
private Konsumausgaben	-3,0	-0,2	4,3	1,7
Konsumausgaben des Staates	0,7	0,5	0,0	0,1
Bruttoanlageinvestitionen	-0,5	0,6	0,6	0,4
Bauten	0,3	0,2	0,3	0,2
Ausrüstungen	-0,8	0,4	0,2	0,2
sonstige Anlagen	0,0	0,0	0,1	0,1
Vorratsveränderung	-0,9	1,4	0,0	0,1
inländische Verwendung	-3,7	2,3	4,9	2,3
Außenbeitrag	-0,8	-0,1	-1,3	-0,1
Exporte	-4,3	4,2	3,4	2,3
Importe	3,5	-4,3	-4,7	-2,4
Bruttoinlandsprodukt	-4,6	2,2	3,6	2,2

¹ Abweichungen in der Summe rundungsbedingt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2021 bis 2023: Prognose des IWH.

Tabelle A7**Statistische Komponenten der BIP-Wachstumsrate**

in % bzw. Prozentpunkten

	2020	2021	2022	2023
statistischer Überhang ¹	0,0	2,2	1,2	1,7
Jahresverlaufsrate ²	-2,9	1,1	4,2	1,1
jahresdurchschnittliche BIP-Rate, kalenderbereinigt	-4,9	2,1	3,7	2,4
Kalendereffekt ³	0,4	0,0	-0,1	-0,2
jahresdurchschnittliche BIP-Rate, kalenderjährlich ⁴	-4,6	2,2	3,6	2,2

¹ Saison- und kalenderbereinigtes reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im vierten Quartal des Vorjahres in Relation zum kalenderbereinigten Quartalsdurchschnitt des Vorjahres. – ² Jahresveränderungsrate im vierten Quartal, saison- und kalenderbereinigt. – ³ In % des realen BIP. – ⁴ Abweichungen in der Summe rundungsbedingt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH; 2021 bis 2023: Prognose des IWH.

Tabelle A8**Erwerbstätigkeit nach Beschäftigtengruppen in Deutschland 2020 und 2021**

	2020	2021	Veränderung in	
			1 000 Personen	%
Arbeitnehmer (Inland)	40 860	40 962	102	0,2
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	33 579	33 895	316	0,9
Geförderte ¹	126	130	4	3,2
nicht geförderte	33 453	33 765	312	0,9
ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte	4 290	4 096	-194	-4,5
sonstige	2 991	2 971	-20	-0,7
Selbstständige einschließlich mithelfender Familienangehöriger	4 038	3 928	-110	-2,7
geförderte Selbstständigkeit	21	20	-1	-4,8
nicht geförderte Selbstständigkeit	4 017	3 908	-109	-2,7
Erwerbstätige (Inland)	44 898	44 890	-8	0,0
staatlich subventionierte Erwerbstätige	3 086	1 877	-1 209	-39,2
geförderte Erwerbstätige ²	147	150	3	2,0
Kurzarbeit	2 939	1 727	-1 212	-41,2
ungeförderte Erwerbstätigkeit	41 812	43 013	1 201	2,9
nachrichtlich: Anteil der staatlich subventionierten Erwerbstätigen an den Erwerbstätigen (Inland)	6,9	4,2		

¹ Eingliederungszuschüsse (einschl. für Schwerbehinderte); Einstiegsgeld bei abhängiger SV-pflichtiger Erwerbstätigkeit; Beschäftigungszuschuss; ESF Bundesprogramm zur Eingliederung langzeitarbeitsloser Leistungsberechtigter; Eingliederung von Langzeitarbeitslosen (§16 e SGB II); Teilhabe am Arbeitsmarkt; Förderung von Arbeitsverhältnissen. – ² Geförderte SV-pflichtig Beschäftigte sowie geförderte Selbstständige.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des IWH; 2021: Prognose des IWH.

Tabelle A9**Indikatoren zur Außenwirtschaft**

	2019	2020	2021	2022	2023
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Exporte, real	1,1	-9,3	9,8	7,1	4,7
Importe, real	2,9	-8,6	11,5	11,1	5,3
	% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt				
Exporte, nominal	46,6	43,4	47,6	49,2	50,0
Importe, nominal	41,0	37,7	42,3	45,1	45,9
	Außenbeitrag				
Mrd. Euro, nominal	196,2	192,8	184,9	150,0	156,8

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2021 bis 2023: Prognose des IWH.

Tabelle A10**Reale Anlageinvestitionen in Deutschland**

Veränderung gegenüber Vorjahr in %

	2019	2020	2021	2022	2023
Anlageinvestitionen insgesamt	1,8	-2,2	2,6	2,6	1,9
Bauinvestitionen insgesamt	1,1	2,5	1,6	2,2	1,4
Wohnbauten	1,5	3,4	2,3	2,4	1,9
Nichtwohnbauten insgesamt	0,4	1,1	0,6	1,8	0,7
gewerbliche Bauten	0,3	-0,7	0,7	2,0	1,3
öffentliche Bauten	0,7	4,9	0,6	1,3	-0,6
Ausrüstungen	1,0	-11,2	5,7	3,2	2,3
Sonstige Anlagen	5,5	1,0	0,5	2,9	2,6

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2021 bis 2023: Prognose des IWH.

Tabelle A11**Verfügbares Einkommen und Konsumausgaben der privaten Haushalte¹ in Deutschland**

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	2019	2020	2021	2022	2023
verfügbares Einkommen, nominal	2,1	0,8	1,2	3,3	5,6
<i>darunter:</i>					
Nettolöhne und -gehälter (Summe)	4,7	-0,1	4,8	3,4	2,5
monetäre Sozialleistungen	4,8	8,1	3,3	0,4	3,5
Selbständigen-, Vermögenseinkommen	-4,2	-6,5	-7,1	5,9	13,5
Sparen	-2,2	49,6	-3,6	-41,9	9,9
private Konsumausgaben, nominal	2,9	-5,3	2,1	11,3	5,0
<i>nachrichtlich:</i>					
Bruttolöhne und -gehälter (Summe)	4,2	-0,7	3,6	4,3	3,1
Sparquote (in %)	10,8	16,1	15,3	8,6	9,0
Preisindex des privaten Konsums	1,3	0,6	2,6	2,5	1,7
private Konsumausgaben, real	1,6	-5,9	-0,5	8,6	3,2

¹ Einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2021 bis 2023: Prognose des IWH.

Tabelle A12**Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen¹**

Veränderungsrate gegenüber dem Vorquartal in %

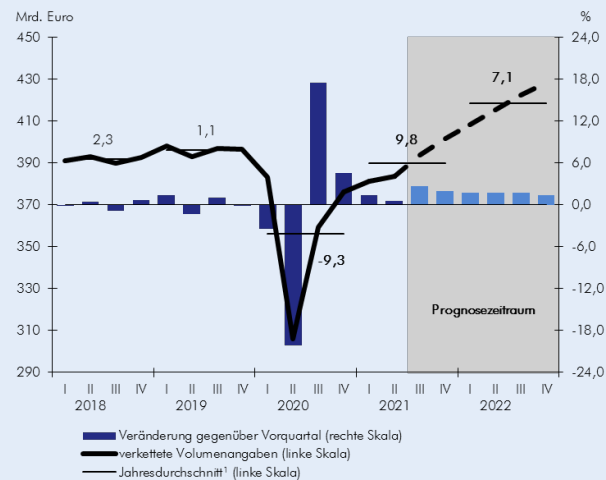
	2021				2022			
	1. Qu.	2. Qu.	3. Qu.	4. Qu.	1. Qu.	2. Qu.	3. Qu.	4. Qu.
Bruttoinlandsprodukt	-2,0	1,6	1,5	0,0	0,6	1,3	1,2	1,0
<i>Darunter</i>								
Bruttowertschöpfung	-1,0	1,0	1,4	0,3	0,6	1,3	1,3	1,0
<i>darunter</i>								
Produzierendes Gewerbe ohne Bau	-1,0	-1,0	0,7	0,1	0,9	2,3	2,0	1,7
Verarbeitendes Gewerbe	-0,8	-1,3	0,5	0,2	1,0	2,5	2,2	1,9
Energie- und Wasserversorgung	-2,4	1,1	2,0	0,1	0,1	0,9	0,6	0,5
Baugewerbe	-5,2	0,1	0,2	1,7	0,2	0,4	0,3	0,3
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	-2,7	1,1	2,4	-0,2	0,3	2,3	2,9	1,6
Information und Kommunikation	0,0	1,5	1,8	1,0	0,5	0,5	0,4	0,3
Finanz- und Versicherungsdienstleister	-0,5	1,1	0,3	0,3	0,6	0,6	0,5	0,5
Grundstücks- und Wohnungswesen	-0,2	0,0	0,5	0,2	0,6	0,4	0,4	0,3
Unternehmensdienstleister	0,2	1,3	2,0	0,4	0,6	0,5	0,6	0,6
öffentliche Dienstleister	-0,1	3,8	1,9	0,2	0,5	0,5	0,4	0,4
sonstige Dienstleister	2,7	0,0	2,7	0,5	2,0	3,0	2,0	2,0

¹ Verkettete Volumina, saison- und kalenderbereinigt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 3. Quartal 2021: Prognose des IWH.

Abbildung A3**Reale Exporte**

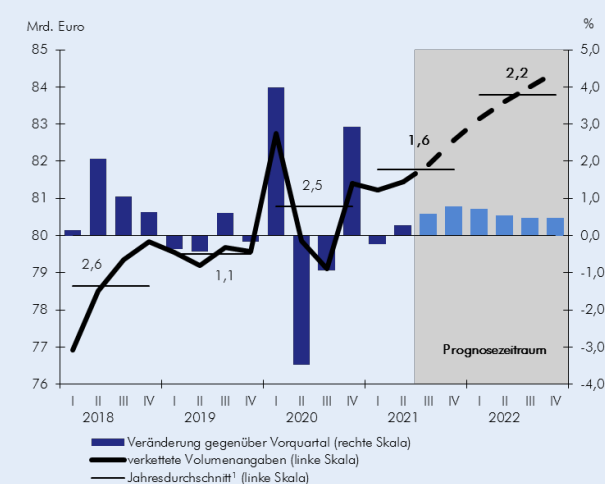
saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf

¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 3. Quartal 2021: Prognose des IWH.

Abbildung A5**Reale Bauinvestitionen**

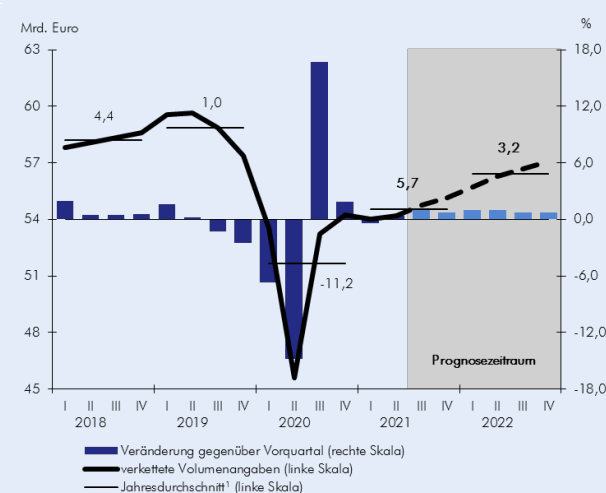
saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf

¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 3. Quartal 2021: Prognose des IWH.

Abbildung A4**Reale Investitionen in Ausrüstungen**

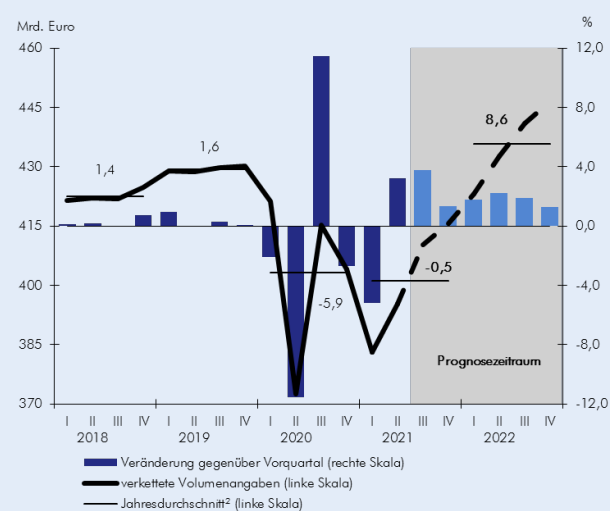
saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf

¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 3. Quartal 2021: Prognose des IWH.

Abbildung A6**Reale Konsumausgaben der privaten Haushalte¹**

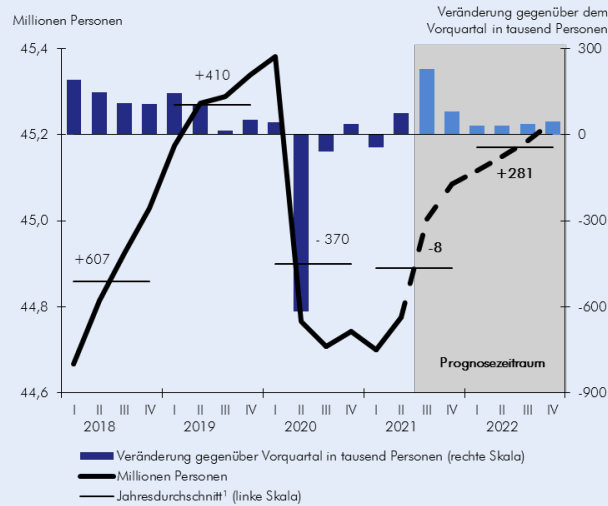
saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf

¹ Einschließlich Organisationen ohne Erwerbszweck. - ² Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 3. Quartal 2021: Prognose des IWH.

Abbildung A7**Erwerbstätige**

Inlandskonzept, saisonbereinigter Verlauf

¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in tausend Personen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 3. Quartal 2021: Prognose des IWH.

Tabelle A13**Prognose und Prognosekorrektur für das Jahr 2021**

Veränderung gegenüber Vorjahr in % bzw. Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten

	IWH Sommerprognose 2021		IWH Herbstprognose 2021		Prognosekorrektur für 2021	
	Prognosewerte für 2021		Prognosewerte für 2021		Differenz der Wachstumsraten bzw. -beiträge in Prozentpunkten	
	Veränd. geg. Vorjahr in %	Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten	Veränd. geg. Vorjahr in %	Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten	Spalte (3) abzüglich Spalte (1)	Spalte (4) abzüglich Spalte (2)
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
Inländische Verwendung	3,8	3,6	2,4	2,3	-1,4	-1,3
Privater Konsum	2,4	1,3	-0,5	-0,2	-2,9	-1,5
Staatlicher Konsum	1,2	0,3	2,4	0,5	1,2	0,2
Bauten	4,4	0,5	1,6	0,2	-2,8	-0,3
Ausrüstungen	11,4	0,7	5,7	0,4	-5,7	-0,3
Sonstige Anlageinvestitionen	0,2	0,0	0,5	0,0	0,3	0,0
Vorratsveränderungen	-	0,8	-	2,0	-	1,2
Außenbeitrag	-	0,3	-	0,0	-	-0,3
Ausfuhr	11,1	4,9	9,8	4,2	-1,3	-0,7
Einfuhr	12,0	-4,6	11,5	-4,3	-0,5	0,3
Bruttoinlandsprodukt	3,9	3,9	2,2	2,2	-1,7	-1,7
<i>Nachrichtlich:</i>						
Bruttoinlandsprodukt USA	5,8	-	5,6	-	-0,2	-
Bruttoinlandsprodukt Euroraum	4,6	-	4,9	-	0,3	-
Welthandel	7,5	-	10,5	-	3,0	-
Verbraucherpreise	1,9	-	2,9	-	1,0	-

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Prognosen des IWH.

Tabelle A14**Änderung von Steuern, Sozialabgaben und Staatsausgaben durch diskretionäre Maßnahmen¹**

Haushaltsentlastungen (+) und Haushaltsbelastungen (–), in Mrd. Euro gegenüber Vorjahr

	2021	2022	2023
Einnahmen der Gebietskörperschaften			
Alterseinkünftegesetz	–1,5	–1,6	–1,5
schrittweises Abschmelzen des Solidaritätszuschlags	–9,0	–1,4	–0,7
Familienentlastungsgesetz	–0,9	–0,4	–0,4
Zweites Familienentlastungsgesetz	–3,8	–5,2	–0,9
Änderungen bei der Tabaksteuer		1,2	0,6
Gesetz zur Vermeidung von Umsatzsteuerausfällen beim Handel mit Waren im Internet	0,0	0,2	0,1
Jahressteuergesetz 2019	–0,2	–0,2	0,0
Gesetz gegen schädliche Steuerpraktiken im Zusammenhang mit Rechteüberlassungen	1,0	0,3	0,3
steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung	–1,1	–0,1	0,0
Erhöhung der Behinderten-Pauschbeträge und Anpassung weiterer steuerlicher Regelungen	–0,2	–0,9	–0,2
Steuerliche Förderung des Mietwohnungsneubaus	–0,1	–0,2	0,0
sonstige steuerliche Maßnahmen ²	0,2	0,1	–0,1
Mehreinnahmen durch steigende Rentenbesteuerung	0,5	0,4	0,4
Klimapaket: CO ₂ -Bepreisung in den Sektoren Gebäude und Verkehr, steuerliche Maßnahmen	7,5	1,2	1,7
Einnahmen der Sozialversicherungen			
Erhöhung der Insolvenzgeldumlage zum 1. Januar 2021 um 0,06 Prozentpunkte und zum 1. Januar 2022 um 0,03 Prozentpunkte	0,6	0,3	0,0
Anstieg des durchschnittlichen Zusatzbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung um 0,2 Prozentpunkte zum 1. Januar 2021 und zum 1. Januar 2022 sowie um 0,5 Prozentpunkte zum 1. Januar 2023	2,5	2,5	6,0
Erhöhung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung zum 1. Januar 2023 um 0,2 Prozentpunkte			2,5
Erhöhung des Beitragssatzes für Kinderlose in der gesetzlichen Pflegeversicherung um 0,1 Prozentpunkt zum 1. Januar 2022		0,3	0,0
Ausgaben der Gebietskörperschaften			
zusätzliche investive Maßnahmen aus dem Koalitionsvertrag vom Februar 2018 ⁴	–2,9	–1,8	0,5
Zusätzliche Ausgaben des Energie- und Klimafonds	–3,2	–1,0	–1,0
Zusätzliche investive Maßnahmen des Bundes in den Jahren 2021 bis 2024	–0,5	–0,5	–1,0
Änderungen beim Wohngeld	–0,1	0,0	0,0
Fluthilfemaßnahmen	–0,1	0,8	0,1
Aufbauhilfe 2021	–4,0	–6,0	2,0
Änderung des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes	–0,2	0,0	0,0
Klimapaket: Senkung EEG-Umlage	–5,4	–0,1	–0,1
Klimaschutzsofortprogramm 2022		–0,5	–1,0
Zweites Familienentlastungsgesetz: Erhöhung des Kindergeldes zum 1. Januar 2021	–3,2	0,0	0,0
Kostenrechtsänderungsgesetz			–0,2
Teilhabechancengesetz	0,0	0,2	0,0
Arbeit-von-morgen-Gesetz	–0,1	–0,1	0,0
Mehrausgaben für Verteidigung und Entwicklungshilfe	–0,1	0,0	0,0
Personalaufstockung in den Bereichen Sicherheit und Justiz	–0,5	–0,1	0,0
Ausgaben der Sozialversicherungen			
rentenpolitische Maßnahmen aus der vergangenen Legislaturperiode ³	–0,2	–0,1	0,0
Verlängerung der Zurechnungszeit für Erwerbsgeminderte/Anpassung des aktuellen Rentenwerts Ost	–0,6	–0,5	–0,3
Grundrente	–0,3	–1,1	–0,1
Arbeit-von-morgen-Gesetz	–0,2	–0,2	0,0
Pflegepersonal-Stärkungsgesetz	–0,2	–0,1	–0,1
Terminservice- und Versorgungsgesetz	–0,5	0,0	0,0
Konjunktur- und Zukunftspaket	–37,0	36,9	15,5
Sonstige Maßnahmen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie	–10,1	82,6	7,6
insgesamt (Mrd. Euro gegenüber Vorjahr)⁵	–73,9	104,3	30,2
insgesamt gegenüber Vorjahr (in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt in %)	–2,1	2,8	0,8

¹ Ohne makroökonomische Rückwirkungen; ohne Berücksichtigung der Stützungsmaßnahmen für Finanzinstitute und Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWU). – ² Reform der Investmentbesteuerung, Anpassung des Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetzes an die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts vom 4. November 2016, Unternehmensteuerreformgesetz 2008, Umsetzung des EuGH-Urteils vom 15. September 2016 zum Zeitpunkt des Vorsteuerabzugs bei Berichtigung einer Rechnung, Fondsstandortgesetz, Änderung des Rennwett- und Lotteriesteuergesetzes. – ³ Anpassung des aktuellen Rentenwerts in Ostdeutschland, Verbesserungen für Erwerbsgeminderte, Stärkung der Betriebsrenten, Flexirente. – ⁴ investive Maßnahmen aus dem Koalitionsvertrag von 2013 sowie zusätzliche Investitionen im Rahmen des Kommunalinvestitionsförderungsfonds und des Investitionspakets über 10 Mrd. Euro, zusätzliche Mittel für den Ausbau der Kindertagesbetreuung, zusätzliche Ausgaben für die innere und äußere Sicherheit. – ⁵ Differenzen durch Rundungsfehler. – ⁶ Digitalpakt, Fonds für den Breitbandausbau, Ausbau von Ganztagschulen, zusätzliche Mittel für die Kinderbetreuung, Erhöhung der Mittel für das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz.

Quellen: Bundesregierung; Berechnungen und Schätzungen des IWH..

Tabelle A15**Hauptaggregate der Sektoren****Jahresergebnisse 2020**

in Mrd. Euro

		gesamte Volkswirtschaft	Kapital-gesell-schaften	Staat	priv. Haushalte und priv. Org. o. E.	übrige Welt
1	= Bruttowertschöpfung	3 050,3	2 055,2	360,5	634,7	–
2	– Abschreibungen	658,4	383,5	81,8	193,2	–
3	= Nettowertschöpfung ¹	2 391,9	1 671,6	278,8	441,5	–192,8
4	– geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 847,9	1 330,5	284,1	233,2	15,7
5	– geleistete sonstige Produktionsabgaben	26,8	16,8	0,6	9,4	–
6	+ empfangene sonstige Subventionen	67,5	46,5	0,1	20,9	–
7	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	584,7	370,7	–5,8	219,7	–208,5
8	+ empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 852,1	–	–	1 852,1	11,4
9	– geleistete Subventionen	71,3	–	71,3	–	5,0
10	+ empfangene Produktions- und Importabgaben	345,9	–	345,9	–	7,0
11	– geleistete Vermögenseinkommen	581,8	542,6	21,0	18,3	175,3
12	+ empfangene Vermögenseinkommen	673,3	327,8	19,8	325,7	83,8
13	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 802,8	156,0	267,6	2 379,3	–286,5
14	– geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	417,2	74,4	–	342,8	10,9
15	+ empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	427,6	–	427,6	–	0,5
16	– geleistete Nettosozialbeiträge ²	746,8	–	–	746,8	3,8
17	+ empfangene Nettosozialbeiträge ²	747,3	138,5	607,9	0,9	3,2
18	– geleistete monetäre Sozialleistungen	666,7	70,8	595,1	0,9	0,6
19	+ empfangene monetäre Sozialleistungen	659,1	–	–	659,1	8,3
20	– geleistete sonstige laufende Transfers	367,4	198,3	82,5	86,6	57,5
21	+ empfangene sonstige laufende Transfers	315,9	178,6	24,2	113,0	109,1
22	= verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 754,6	129,6	649,8	1 975,2	–238,3
23	– Konsumausgaben	2 462,6	–	754,6	1 708,0	–
24	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–59,9	–	59,9	–
25	= Sparen	292,0	69,7	–104,8	327,1	–238,3
26	– geleistete Vermögenstransfers	82,1	19,7	48,0	14,5	4,0
27	+ empfangene Vermögenstransfers	69,7	30,4	15,5	23,8	16,4
28	– Bruttoinvestitionen	712,2	399,8	90,9	221,5	–
29	+ Abschreibungen	658,4	383,5	81,8	193,2	–
30	– Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	–0,5	0,0	–1,2	0,7	0,5
31	= Finanzierungssaldo	226,3	64,2	–145,2	307,4	–226,3
<i>nachrichtlich:</i>						
32	verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 754,6	129,6	649,8	1 975,2	–238,3
33	– geleistete soziale Sachtransfers	472,2	–	472,2	–	–
34	+ empfangene soziale Sachtransfers	472,2	–	–	472,2	–
35	= verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 754,6	129,6	177,6	2 447,4	–238,3
36	– Konsum ³	2 462,6	–	282,4	2 180,1	–
37	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–59,9	–	59,9	–
38	= Sparen	292,0	69,7	–104,8	327,1	–238,3

¹ Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.² Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.³ Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt.

noch: Hauptaggregate der Sektoren
Jahresergebnisse 2021
in Mrd. Euro

		gesamte Volkswirtschaft	Kapital-gesell-schaften	Staat	priv. Haushalte und priv. Org. o. E.	übrige Welt
1	= Bruttowertschöpfung	3 192,0	2 174,3	370,5	647,1	–
2	– Abschreibungen	679,3	397,2	84,4	197,8	–
3	= Nettowertschöpfung ¹	2 512,6	1 777,2	286,1	449,3	–184,9
4	– geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 915,7	1 381,2	291,9	242,5	14,7
5	– geleistete sonstige Produktionsabgaben	34,3	21,6	0,7	12,1	–
6	+ empfangene sonstige Subventionen	72,2	50,5	0,1	21,5	–
7	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeinkommen	634,9	424,9	–6,4	216,3	–199,7
8	+ empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 919,8	–	–	1 919,8	10,6
9	– geleistete Subventionen	90,6	–	90,6	–	4,7
10	+ empfangene Produktions- und Importabgaben	377,2	–	377,2	–	7,3
11	– geleistete Vermögenseinkommen	563,4	526,3	19,1	18,0	166,3
12	+ empfangene Vermögenseinkommen	659,6	353,0	15,0	291,6	70,1
13	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 937,4	251,5	276,1	2 409,7	–282,7
14	– geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	422,7	85,0	–	337,7	11,7
15	+ empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	433,9	–	433,9	–	0,5
16	– geleistete Nettosozialbeiträge ²	775,0	–	–	775,0	4,0
17	+ empfangene Nettosozialbeiträge ²	775,7	143,1	631,7	0,9	3,2
18	– geleistete monetäre Sozialleistungen	688,5	71,9	615,7	0,9	0,6
19	+ empfangene monetäre Sozialleistungen	680,7	–	–	680,7	8,4
20	– geleistete sonstige laufende Transfers	383,3	197,5	89,7	96,1	59,1
21	+ empfangene sonstige laufende Transfers	339,5	195,1	26,7	117,7	103,0
22	= verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 897,6	235,3	663,0	1 999,3	–242,9
23	– Konsumausgaben	2 528,2	–	783,8	1 744,5	–
24	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–60,3	–	60,3	–
25	= Sparen	369,4	174,9	–120,8	315,2	–242,9
26	– geleistete Vermögenstransfers	85,9	20,6	49,8	15,5	3,9
27	+ empfangene Vermögenstransfers	73,7	31,1	16,5	26,0	16,1
28	– Bruttoinvestitionen	805,8	474,2	90,7	240,9	–
29	+ Abschreibungen	679,3	397,2	84,4	197,8	–
30	– Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	1,3	1,8	–1,3	0,8	–1,3
31	= Finanzierungssaldo	229,4	106,6	–159,0	281,8	–229,4
32	nachrichtlich: verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 897,6	235,3	663,0	1 999,3	–242,9
33	– geleistete soziale Sachtransfers	488,3	–	488,3	–	–
34	+ empfangene soziale Sachtransfers	488,3	–	–	488,3	–
35	= verfügbares Einkommen (Verbrauchs-konzept)	2 897,6	235,3	174,7	2 487,6	–242,9
36	– Konsum ³	2 528,2	–	295,5	2 232,7	–
37	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–60,3	–	60,3	–
38	= Sparen	369,4	174,9	–120,8	315,2	–242,9

¹ Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.

² Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.

³ Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2021 bis 2023: Prognose des IWH.

noch: Hauptaggregate der Sektoren
Jahresergebnisse 2022
in Mrd. Euro

		gesamte Volkswirtschaft	Kapital-gesell-schaften	Staat	priv. Haushalte und priv. Org. o. E.	übrige Welt
1	= Bruttowertschöpfung	3 372,3	2 302,2	381,3	688,7	–
2	– Abschreibungen	698,0	408,9	86,6	202,5	–
3	= Nettowertschöpfung ¹	2 674,3	1 893,3	294,8	486,2	–150,0
4	– geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 998,6	1 445,9	298,9	253,8	14,0
5	– geleistete sonstige Produktionsabgaben	36,5	23,2	0,7	12,6	–
6	+ empfangene sonstige Subventionen	32,4	21,9	0,1	10,4	–
7	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeineinkommen	671,6	446,0	–4,7	230,2	–164,0
8	+ empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 002,7	–	–	2 002,7	9,9
9	– geleistete Subventionen	50,3	–	50,3	–	4,7
10	+ empfangene Produktions- und Importabgaben	412,2	–	412,2	–	7,3
11	– geleistete Vermögenseinkommen	630,0	593,0	17,8	19,2	159,2
12	+ empfangene Vermögenseinkommen	734,8	409,6	17,4	307,8	54,4
13	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 141,1	262,6	356,9	2 521,5	–256,3
14	– geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	442,1	86,4	–	355,7	12,2
15	+ empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	453,8	–	453,8	–	0,5
16	– geleistete Nettosozialbeiträge ²	807,4	–	–	807,4	4,1
17	+ empfangene Nettosozialbeiträge ²	808,3	148,6	658,9	0,9	3,2
18	– geleistete monetäre Sozialleistungen	691,1	73,1	617,1	0,9	0,6
19	+ empfangene monetäre Sozialleistungen	683,1	–	–	683,1	8,6
20	– geleistete sonstige laufende Transfers	395,6	201,6	95,2	98,8	59,7
21	+ empfangene sonstige laufende Transfers	355,9	202,5	31,0	122,4	99,4
22	= verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 106,0	252,6	788,4	2 065,1	–221,3
23	– Konsumausgaben	2 738,0	–	795,6	1 942,4	–
24	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–60,4	–	60,4	–
25	= Sparen	368,1	192,2	–7,2	183,1	–221,3
26	– geleistete Vermögenstransfers	99,0	30,7	52,3	16,0	3,8
27	+ empfangene Vermögenstransfers	85,1	28,9	17,1	39,1	17,8
28	– Bruttoinvestitionen	844,8	494,4	93,8	256,6	–
29	+ Abschreibungen	698,0	408,9	86,6	202,5	–
30	– Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	1,3	1,6	–1,3	1,0	–1,3
31	= Finanzierungssaldo	206,0	103,3	–48,4	151,1	–206,0
nachrichtlich:						
32	verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 106,0	252,6	788,4	2 065,1	–221,3
33	– geleistete soziale Sachtransfers	493,8	–	493,8	–	–
34	+ empfangene soziale Sachtransfers	493,8	–	–	493,8	–
35	= verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 106,0	252,6	294,5	2 558,9	–221,3
36	– Konsum ³	2 738,0	–	301,8	2 436,2	–
37	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–60,4	–	60,4	–
38	= Sparen	368,1	192,2	–7,2	183,1	–221,3

¹ Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.

² Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.

³ Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2021 bis 2023: Prognose des IWH.

noch: Hauptaggregate der Sektoren
Jahresergebnisse 2023
in Mrd. Euro

		gesamte Volkswirtschaft	Kapital-gesell-schaften	Staat	priv. Haushalte und priv. Org. o. E.	übrige Welt
1	= Bruttowertschöpfung	3 511,0	2 385,3	391,5	734,1	–
2	– Abschreibungen	717,1	421,0	88,9	207,3	–
3	= Nettowertschöpfung ¹	2 793,9	1 964,4	302,7	526,8	–156,8
4	– geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 061,5	1 493,4	305,9	262,1	13,4
5	– geleistete sonstige Produktionsabgaben	38,7	24,6	0,7	13,3	–
6	+ empfangene sonstige Subventionen	29,0	19,2	0,1	9,7	–
7	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeinkommen	722,8	465,5	–3,8	261,1	–170,2
8	+ empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 065,6	–	–	2 065,6	9,4
9	– geleistete Subventionen	47,2	–	47,2	–	4,7
10	+ empfangene Produktions- und Importabgaben	432,5	–	432,5	–	7,4
11	– geleistete Vermögenseinkommen	680,3	641,6	17,0	21,8	153,6
12	+ empfangene Vermögenseinkommen	789,7	422,7	17,5	349,5	44,3
13	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 283,0	246,6	382,1	2 654,4	–267,6
14	– geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	464,2	93,6	–	370,6	12,8
15	+ empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	476,5	–	476,5	–	0,5
16	– geleistete Nettosozialbeiträge ²	833,8	–	–	833,8	4,3
17	+ empfangene Nettosozialbeiträge ²	834,9	152,1	681,8	0,9	3,2
18	– geleistete monetäre Sozialleistungen	715,5	74,5	640,2	0,9	0,6
19	+ empfangene monetäre Sozialleistungen	707,3	–	–	707,3	8,8
20	– geleistete sonstige laufende Transfers	404,5	202,2	98,4	103,9	60,3
21	+ empfangene sonstige laufende Transfers	366,2	210,5	28,7	127,0	98,5
22	= verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 250,0	238,9	830,6	2 180,5	–234,5
23	– Konsumausgaben	2 857,2	–	817,5	2 039,7	–
24	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–60,5	–	60,5	–
25	= Sparen	392,7	178,5	13,0	201,2	–234,5
26	– geleistete Vermögenstransfers	93,9	27,9	49,6	16,4	3,7
27	+ empfangene Vermögenstransfers	80,7	27,0	17,6	36,1	17,0
28	– Bruttoinvestitionen	875,3	510,7	95,8	268,8	–
29	+ Abschreibungen	717,1	421,0	88,9	207,3	–
30	– Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	1,3	1,4	–1,3	1,2	–1,3
31	= Finanzierungssaldo	220,0	86,4	–24,6	158,2	–220,0
32	nachrichtlich: verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 250,0	238,9	830,6	2 180,5	–234,5
33	– geleistete soziale Sachtransfers	509,8	–	509,8	–	–
34	+ empfangene soziale Sachtransfers	509,8	–	–	509,8	–
35	= verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 250,0	238,9	320,8	2 690,2	–234,5
36	– Konsum ³	2 857,2	–	307,7	2 549,5	–
37	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–60,5	–	60,5	–
38	= Sparen	392,7	178,5	13,0	201,2	–234,5

¹ Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der bzw an die übrige Welt

² Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme

³ Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o E Individualkonsum (einschl Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d h einschließlich sozialer Sachleistungen)

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2021 bis 2023: Prognose des IWH

Tabelle A16

VGR-Tabellen

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2021 bis 2023

	2020	2021	2022	2023	2021		2022	
					1 Hj	2 Hj	1 Hj	2 Hj
1 Entstehung des Inlandsprodukts								
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Erwerbstätige	-0,8	0,0	0,6	0,4	-0,7	0,7	0,9	0,4
Arbeitsvolumen	-4,9	1,6	1,6	0,5	0,9	2,3	3,5	-0,1
Arbeitsstunden je Erwerbstätige	-4,2	1,6	1,0	0,1	1,6	1,6	2,5	-0,5
Produktivität¹	0,4	0,5	2,0	1,7	2,0	-0,8	0,4	3,5
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	-4,6	2,2	3,6	2,2	2,9	1,5	3,8	3,3
2 Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen								
a) Mrd. EUR								
Konsumausgaben	2 462,6	2 528,2	2 738,0	2 857,2	1 212,2	1 316,0	1 325,3	1 412,6
private Haushalte²	1 708,0	1 744,5	1 942,4	2 039,7	829,4	915,1	935,7	1 006,7
Staat	754,6	783,8	795,6	817,5	382,9	400,9	389,7	405,9
Anlageinvestitionen	735,9	782,0	822,4	853,9	371,0	411,0	395,0	427,3
Ausrüstungen	380,1	408,1	432,5	450,1	194,6	213,5	210,2	222,4
Bauten	216,9	232,8	242,5	250,1	109,6	123,2	115,0	127,5
Ausrüstungen	138,9	141,1	147,3	153,6	66,8	74,3	69,9	77,5
Vorratsveränderung³	-23,7	23,8	22,4	21,5	13,1	10,7	13,2	9,2
inländische Verwendung	3 174,8	3 334,0	3 582,7	3 732,6	1 596,4	1 737,7	1 733,6	1 849,2
Außenbeitrag	192,8	184,9	150,0	156,8	110,1	74,8	85,6	64,4
Exporte	1 462,1	1 674,9	1 834,9	1 943,0	806,3	868,6	901,7	933,2
Importe	1 269,3	1 490,0	1 684,9	1 786,2	696,2	793,7	816,1	868,8
Bruttoinlandsprodukt	3 367,6	3 519,0	3 732,8	3 889,4	1 706,4	1 812,5	1 819,2	1 913,6
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Konsumausgaben	-1,8	2,7	8,3	4,4	1,6	3,7	9,3	7,3
private Haushalte²	-5,3	2,1	11,3	5,0	-0,1	4,3	12,8	10,0
Staat	7,0	3,9	1,5	2,8	5,5	2,3	1,8	1,3
Anlageinvestitionen	-0,9	6,3	5,2	3,8	5,6	6,9	6,5	4,0
Bauten	4,4	7,4	6,0	4,1	4,0	10,7	8,0	4,2
Ausrüstungen	-10,0	7,3	4,2	3,1	11,6	3,8	4,9	3,5
sonstige Anlageinvestitionen	1,4	1,6	4,4	4,3	1,3	1,8	4,6	4,3
Inländische Verwendung	-3,1	5,0	7,5	4,2	2,9	7,0	8,6	6,4
Exporte	-9,7	14,6	9,6	5,9	14,3	14,8	11,8	7,4
Importe	-10,8	17,4	13,1	6,0	11,8	22,8	17,2	9,5
Bruttoinlandsprodukt	-3,0	4,5	6,1	4,2	4,4	4,5	6,6	5,6
nachrichtlich in % in Relation zum nominalen BIP:								
Außenbeitrag	5,7	5,3	4,0	4,0	6,5	4,1	4,7	3,4
3 Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2015)								
a) Mrd. EUR								
Konsumausgaben	2 294,7	2 303,9	2 441,9	2 502,3	1 111,3	1 192,6	1 191,2	1 250,8
private Haushalte²	1 615,2	1 607,3	1 745,6	1 801,6	767,6	839,8	845,1	900,4
Staat	678,5	694,7	696,0	700,7	342,5	352,2	345,6	350,4
Anlageinvestitionen	664,4	681,9	699,7	713,0	326,3	355,6	336,9	362,8
Bauten	324,5	329,9	337,1	342,0	159,6	170,3	164,3	172,8
Ausrüstungen	207,9	219,8	226,8	232,0	103,6	116,2	107,6	119,2
sonstige Anlageinvestitionen	130,3	131,0	134,7	138,2	62,2	68,7	64,2	70,6
inländische Verwendung	2 941,5	3 012,2	3 168,1	3 243,8	1 453,1	1 559,0	1 542,9	1 625,1
Exporte	1 431,4	1 571,3	1 683,0	1 762,1	769,1	802,1	829,8	853,1
Importe	1 278,2	1 425,8	1 584,1	1 667,5	674,9	750,9	769,1	815,0
Bruttoinlandsprodukt	3 096,7	3 163,5	3 277,0	3 350,0	1 548,4	1 615,1	1 608,0	1 669,0
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Konsumausgaben	-3,2	0,4	6,0	2,5	-0,4	1,2	7,2	4,9
private Haushalte²	-5,9	-0,5	8,6	3,2	-2,0	0,9	10,1	7,2
Staat	3,5	2,4	0,2	0,7	3,1	1,7	0,9	-0,5
Anlageinvestitionen	-2,2	2,6	2,6	1,9	3,1	2,2	3,3	2,0
Bauten	2,5	1,6	2,2	1,4	0,5	2,7	3,0	1,5
Ausrüstungen	-11,2	5,7	3,2	2,3	10,0	2,2	3,8	2,6
sonstige Anlageinvestitionen	1,0	0,5	2,9	2,6	0,2	0,7	3,1	2,6
inländische Verwendung	-4,0	2,4	5,2	2,4	0,9	3,9	6,2	4,2
Exporte	-9,3	9,8	7,1	4,7	11,5	8,2	7,9	6,4
Importe	-8,6	11,5	11,1	5,3	7,6	15,3	14,0	8,5
Bruttoinlandsprodukt	-4,6	2,2	3,6	2,2	2,9	1,5	3,8	3,3

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2020 bis 2022

	2020	2021	2022	2023	2021		2022	
					1 Hj	2 Hj	1 Hj	2 Hj

4 Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2015=100)

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

private Konsumausgaben ²	0,6	2,6	2,5	1,7	1,9	3,3	2,5	2,6
Konsumausgaben des Staates	3,3	1,4	1,3	2,1	2,4	0,6	0,9	1,8
Anlageinvestitionen	1,4	3,5	2,5	1,9	2,4	4,6	3,1	1,9
Bauten	1,8	5,6	3,7	2,6	3,5	7,7	4,9	2,6
Ausrüstungen	1,3	1,5	1,0	0,8	1,5	1,5	1,1	0,9
Exporte	-0,4	4,4	2,3	1,1	2,6	6,1	3,7	1,0
Importe	-2,4	5,2	1,8	0,7	3,9	6,5	2,9	0,9
Bruttoinlandsprodukt	1,6	2,3	2,4	1,9	1,5	3,0	2,7	2,2

5 Einkommensentstehung und -verteilung

a) Mrd. EUR

Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	2 379,3	2 409,7	2 521,5	2 654,4	1 183,9	1 225,9	1 227,6	1 293,9
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	338,0	351,6	366,9	379,5	169,2	182,4	178,3	188,5
Bruttolöhne und -gehälter	1 514,1	1 568,2	1 635,8	1 686,1	737,2	831,1	776,8	859,0
übrige Primäreinkommen ⁴	527,2	489,9	518,9	588,8	277,5	212,4	272,5	246,4
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	423,6	527,6	619,5	628,6	225,5	302,1	289,7	329,8
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2 802,8	2 937,4	3 141,1	3 283,0	1 409,4	1 528,0	1 517,3	1 623,8
Abschreibungen	658,4	679,3	698,0	717,1	339,1	340,3	348,4	349,6
Bruttonationaleinkommen	3 461,3	3 616,7	3 839,1	4 000,2	1 748,5	1 868,3	1 865,7	1 973,4
nachrichtlich:								
Volkseinkommen	2 528,2	2 650,8	2 779,1	2 897,7	1 279,9	1 371,0	1 342,7	1 436,4
Arbeitnehmerentgelt	1 852,1	1 919,8	2 002,7	2 065,6	906,4	1 013,5	955,1	1 047,6
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	676,1	731,0	776,4	832,1	373,5	357,5	387,6	388,8

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	-1,6	1,3	4,6	5,3	0,4	2,1	3,7	5,6
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	2,0	4,0	4,4	3,4	2,9	5,1	5,4	3,4
Bruttolöhne und -gehälter	-0,7	3,6	4,3	3,1	2,1	4,9	5,4	3,4
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	-0,1	3,4	3,6	2,7	2,6	4,0	4,3	3,0
übrige Primäreinkommen ⁴	-6,5	-7,1	5,9	13,5	-5,2	-9,4	-1,8	16,0
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	-19,8	24,6	17,4	1,5	36,0	17,2	28,5	9,2
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	-4,9	4,8	6,9	4,5	4,8	4,8	7,7	6,3
Abschreibungen	3,0	3,2	2,8	2,7	2,9	3,4	2,8	2,8
Bruttonationaleinkommen	-3,5	4,5	6,1	4,2	4,4	4,5	6,7	5,6
nachrichtlich:								
Volkseinkommen	-3,1	4,8	4,8	4,3	6,1	3,7	4,9	4,8
Arbeitnehmerentgelt	-0,2	3,7	4,3	3,1	2,2	5,0	5,4	3,4
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	-10,2	8,1	6,2	7,2	17,0	0,2	3,8	8,8

6 Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte²

a) Mrd. EUR

Masseneinkommen	1 540,1	1 607,7	1 645,7	1 692,6	766,9	840,7	785,6	860,1
Nettolöhne und -gehälter	1 021,3	1 070,1	1 106,2	1 134,1	495,0	575,0	516,6	589,6
monetäre Sozialleistungen	659,1	680,7	683,1	707,3	343,2	337,6	339,4	343,7
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnah Steuern	140,3	143,1	143,7	148,8	71,3	71,9	70,5	73,2
übrige Primäreinkommen ⁴	527,2	489,9	518,9	588,8	277,5	212,4	272,5	246,4
sonstige Transfers (Saldo) ⁵	-92,1	-98,2	-99,5	-101,0	-48,2	-50,0	-49,0	-50,5
Verfügbares Einkommen	1 975,2	1 999,3	2 065,1	2 180,5	996,2	1 003,1	1 009,1	1 056,0
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	59,9	60,3	60,4	60,5	29,5	30,8	29,6	30,8
Konsumausgaben	1 708,0	1 744,5	1 942,4	2 039,7	829,4	915,1	935,7	1 006,7
Sparen	327,1	315,2	183,1	201,2	196,4	118,9	103,0	80,2
Sparquote (%) ⁶	16,1	15,3	8,6	9,0	19,1	11,5	9,9	7,4

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Masseneinkommen	2,9	4,4	2,4	2,9	4,1	4,6	2,4	2,3
Nettolöhne und -gehälter	-0,1	4,8	3,4	2,5	2,9	6,5	4,4	2,5
monetäre Sozialleistungen	8,1	3,3	0,4	3,5	5,7	0,9	-1,1	1,8
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnah Steuern	3,8	2,0	0,4	3,5	3,2	0,9	-1,1	1,8
übrige Primäreinkommen ⁴	-6,5	-7,1	5,9	13,5	-5,2	-9,4	-1,8	16,0
Verfügbares Einkommen	0,8	1,2	3,3	5,6	1,3	1,1	1,3	5,3
Konsumausgaben	-5,3	2,1	11,3	5,0	-0,1	4,3	12,8	10,0
Sparen	49,6	-3,6	-41,9	9,9	8,1	-18,3	-47,6	-32,6

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2020 bis 2022

	2020	2021	2022	2023	2021		2022	
					1 Hj	2 Hj	1 Hj	2 Hj
7 Einnahmen und Ausgaben des Staates ⁷								
a) Mrd. EUR								
Einnahmen								
Steuern	773,4	811,0	866,0	909,0	407,1	403,9	432,8	433,3
Nettosozialbeiträge	607,9	631,7	658,9	681,8	305,4	326,3	320,7	338,1
Vermögenseinkommen	19,8	15,0	17,4	17,5	7,4	7,5	9,9	7,5
sonstige Transfers	24,2	26,7	31,0	28,7	11,5	15,2	13,6	17,5
Vermögenstransfers	15,5	16,5	17,1	17,6	7,5	9,0	7,8	9,3
Verkäufe	125,9	129,9	135,5	141,6	59,3	70,6	61,8	73,7
sonstige Subventionen	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	1 566,9	1 631,0	1 726,0	1 796,4	798,3	832,7	846,6	879,4
Ausgaben								
Vorleistungen ⁸	520,5	543,8	550,4	568,3	262,1	281,7	265,5	284,9
Arbeitnehmerentgelt	284,1	291,9	298,9	305,9	140,7	151,3	144,0	154,8
Vermögenseinkommen (Zinsen)	21,0	19,1	17,8	17,0	10,3	8,7	9,6	8,2
Subventionen	71,3	90,6	50,3	47,2	54,0	36,6	26,6	23,6
monetäre Sozialleistungen	595,1	615,7	617,1	640,2	310,9	304,8	306,6	310,5
sonstige laufende Transfers	82,5	89,7	95,2	98,4	43,2	46,5	46,0	49,2
Vermögenstransfers	48,0	49,8	52,3	49,6	19,3	30,5	21,2	31,2
Bruttoinvestitionen	90,9	90,7	93,8	95,8	39,3	51,3	40,6	53,2
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-1,2	-1,3	-1,3	-1,3	-0,6	-0,7	-0,6	-0,7
Insgesamt	1 712,1	1 790,0	1 774,4	1 821,0	879,2	910,8	859,4	914,9
Finanzierungssaldo	-145,2	-159,0	-48,4	-24,6	-80,9	-78,2	-12,8	-35,5

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Einnahmen								
Steuern	-6,5	4,9	6,8	5,0	4,3	5,5	6,3	7,3
Nettosozialbeiträge	1,6	3,9	4,3	3,5	3,4	4,4	5,0	3,6
Vermögenseinkommen	-8,9	-24,2	16,1	0,7	-37,9	-3,1	33,0	-0,6
sonstige Transfers	-6,5	10,1	16,3	-7,6	2,0	17,2	18,0	15,0
Vermögenstransfers	13,5	6,6	3,1	2,9	5,7	7,3	3,7	2,7
Verkäufe	-0,7	3,2	4,3	4,5	1,9	4,3	4,3	4,3
sonstige Subventionen	-	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	-2,9	4,1	5,8	4,1	3,1	5,1	6,0	5,6
Ausgaben								
Vorleistungen ⁸	7,4	4,5	1,2	3,2	6,2	2,9	1,3	1,1
Arbeitnehmerentgelt	4,2	2,8	2,4	2,4	3,2	2,4	2,4	2,4
Vermögenseinkommen (Zinsen)	-23,4	-9,0	-6,9	-4,5	-10,7	-6,8	-7,5	-6,2
Subventionen	130,2	27,2	-44,5	-6,0	44,4	8,1	-50,6	-35,6
monetäre Sozialleistungen	8,9	3,5	0,2	3,7	6,2	0,8	-1,4	1,8
sonstige laufende Transfers	10,5	8,7	6,1	3,4	8,4	9,0	6,3	5,9
Vermögenstransfers	10,2	3,8	5,1	-5,3	8,1	1,2	9,9	2,2
Bruttoinvestitionen	8,7	-0,3	3,4	2,2	-2,7	1,6	3,1	3,6
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	9,6	4,5	-0,9	2,6	6,9	2,4	-2,2	0,5
nachrichtlich in % in Relation zum nominalen BIP:								
Finanzierungssaldo des Staates	-4,3	-4,5	-1,3	-0,6	-4,7	-4,3	-0,7	-1,9

¹ Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde² Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck³ Einschließlich Nettozugang an Wertsachen⁴ Selbstständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen⁵ Empfangene abzüglich geleistete sonstige Transfers⁶ Sparen in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche)⁷ Gebietskörperschaften und Sozialversicherung⁸ Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); Berechnungen des IWH; ab 2021: Prognose des IWH.



Impressum

Herausgeber:

Professor Reint E. Gropp, Ph.D.

Professor Dr. Oliver Holtemöller

Professor Michael Koetter, Ph.D.

Professor Dr. Steffen Müller

Redaktion

Stefanie Müller-Dreißigacker, M. A.

Layout und Satz: Franziska Exß, Ingrid Dede

Tel +49 345 7753 720

Fax +49 345 7753 718

E-Mail: stefanie.mueller@iwh-halle.de

Verlag:

Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle

Kleine Märkerstraße 8, D-06108 Halle (Saale)

Postfach: 110361, D-06017 Halle (Saale)

Tel +49 345 7753 60, Fax +49 345 7753 820

www.iwh-halle.de

Erscheinungsweise: 4 Ausgaben jährlich

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet,
Beleg erbeten.

Titelbild: © Christian Lue @christianlue,
www.unsplash.com

Konjunktur aktuell, 9. Jahrgang

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 14.09.2021

ISSN 2195-8319